



ufuq.de

TROTZDEM

über Israel und Palästina sprechen.

Der Nahostkonflikt in der Bildungsarbeit



ufuq.de **Pädagogik, politische Bildung und** **Prävention in der Migrationsgesellschaft**

ufuq.de ist ein anerkannter Träger der freien Jugendhilfe und arbeitet bundesweit an der Schnittstelle von Pädagogik, politischer Bildung und Prävention – mit einem Schwerpunkt auf Islam, antimuslimischem Rassismus und Islamismus.

ufuq.de bietet Fortbildungen für pädagogische Fachkräfte an, erstellt Materialien für ihre Praxis und führt darüber hinaus an verschiedenen Standorten Workshops für Jugendliche zu Themen, Fragen und Konflikten in der Migrationsgesellschaft durch. Ziel der Arbeit von ufuq.de ist es, zu einem solidarischen Miteinander beizutragen.

ufuq.de ist Teil von KN:IX connect, dem Verbund Islamismusprävention und Demokratieförderung. Im KN:IX connect ist ufuq.de für den Bereich der universellen Prävention zuständig.

www.ufuq.de | www.kn-ix.de

ufuq.de Pädagogik, politische Bildung
und Prävention in der
Migrationsgesellschaft

 **KN:IX**
connect Verbund
Islamismusprävention
und Demokratieförderung



INHALT

Einleitung

Trotzdem sprechen nach dem 7. Oktober und dem Krieg in Gaza 4

I Hintergründe und Herausforderungen

7

II Situationen und Gesprächsanlässe

15

„Free Palestine“ und „From the river to the sea“	18
„Palästina hat es nie gegeben“	22
„Die Araber hassen die Juden“	26
„Deutschland unterdrückt die Palästinenser“	30
„In Israel und Palästina herrscht Apartheid“	34
„Was Israel mit den Palästinensern macht, ist das Gleiche wie damals die Nazis“	38
„Boykottiert Israel“	42
„Yallah Intifada“	46
„Die Medien sind alle für Israel“	50
„#Pallywood: Die Palästinenser inszenieren ihre Opfer“	54
„Israel verübt in Gaza einen Genozid“	58
„Kindermörder Israel“	62
„Die Hamas leistet legitimen Widerstand“	66
„Israel hat das Recht, sich zu verteidigen“	70
„Free Palestine from German guilt“	74
„Die Wassermelone“	78

TaskCard

81

Impressum

82

Einleitung:

Trotzdem sprechen nach dem 7. Oktober und dem Krieg in Gaza

Der Nahostkonflikt – hier verstanden als Konflikt zwischen Israel und den Palästinenser*innen – ist ein zentrales Thema auch in Deutschland. Er berührt das Leben vieler Menschen, unter ihnen Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mit palästinensischer Familiengeneration, aber auch den Alltag jüdischer und israelischer Menschen. Er ist ein wiederkehrendes Thema in Schulen und Jugendeinrichtungen und Gegenstand politischer und gesellschaftlicher Debatten rund um Migration, Schuld und Verantwortung.

Diese Gemengelage hat sich seit dem 7. Oktober 2023 und dem kurz darauf einsetzenden Krieg in Gaza, der eskalierenden Gewalt im Westjordanland und in anderen Teilen des Nahen Ostens deutlich verschärft. Wie kann das gelingen – in Zeiten der scheinbar grenzenlos eskalierten Gewalt, der Verhärtung und des Schmerzes trotzdem weiter über Israel und Palästina zu sprechen?

Bereits einige Zeit vor dem 7. Oktober 2023 haben wir dazu eine Arbeitshilfe veröffentlicht. Schon damals, Anfang 2022, hatten wir den

Eindruck, dass das Thema Fachkräfte oft überfordert. Über Israel und Palästina zu sprechen, ist seitdem nicht einfacher geworden – Widersprüche und Gleichzeitigkeiten prägen mehr denn je den Diskurs.

EINERSEITS beobachten wir eine deutliche Verengung des Diskursraumes, bedingt durch eine zunehmende Polarisierung der Debatten. Antisemitische und rassistische Vorfälle haben deutlich zugenommen, was es Jüd*innen und Palästinenser*innen erschwert, sich mit eigenen Erfahrungen und Perspektiven in der Öffentlichkeit einzubringen. Dies betrifft zum Beispiel jüdische Schüler*innen, die es aus Angst vor Anfeindungen vermeiden, über ihre jüdische Identität zu sprechen. In der politischen und medialen Debatte sind es vor allem palästinensische Stimmen und Perspektiven, die Sanktionen und bisweilen auch Repressionen ausgesetzt sind, wobei die Spannbreite von der Absage privater Veranstaltungen bis zu Eingriffen in die Versammlungs- und Meinungsfreiheit reicht. Solche Delegitimationen trafen wiederholt auch jüdische und israelische Stimmen, die die Politik der israelischen

Regierung im Westjordanland oder in Gaza beispielsweise als Apartheid oder als Genozid beschreiben.

GLEICHZEITIG wünschen sich Politiker*innen, Pädagog*innen und auch Jugendliche selbst deutlich mehr Informationen und fachlich versierte Einordnungen. Über Israel und Palästina zu sprechen, bedeutet mehr als noch vor einigen Jahren: aktuelle Entwicklungen einbeziehen, Einschätzungen neu vornehmen, unterschiedliche Erfahrungen und Perspektiven mitdenken. Kurz: Es braucht deutlich mehr Räume, um über einen Konflikt zu sprechen, der durch große Komplexität und einen hohen Grad an Ambiguität gekennzeichnet ist. Es braucht aber auch Zugang zu verlässlichen Informationen, die in diesen Räumen besprochen werden können.

ANDERERSEITS gibt es eine Entgrenzung des Sagbaren: Positionen, die vor einigen Jahren noch breite Empörung hervorgerufen hätten, sind nun offen Teil der Debatte, wenn beispielsweise der US-Präsident von einer ethnischen Säuberung des Gazastreifens träumt („Riviera des Nahen Ostens“) oder Hörsäle von Universitäten mit antisemitischen Parolen beschmiert werden. Eine Verrohung spiegelt sich auch in Beiträgen, in denen die Opfer auf „der jeweils anderen“ Seite ignoriert oder entmenschlicht werden.

EINERSEITS gibt es in unserem Land eine deutliche Zunahme von Antisemitismus, in all seinen Formen: von der Ausgrenzung jüdischer Menschen im Alltag über verbale Entgleisungen in den sozialen Medien bis hin zu gewalttätigen Übergriffen.

ANDERERSEITS sehen wir eine Ausweitung und Instrumentalisierung des Antisemitismusbegriffs mit dem Ziel der Delegitimierung kritischer Perspektiven. Vor deutschen Gerichten wird noch verhandelt, inwiefern Parolen wie „Free Palestine“ oder „From the river to the sea“ als antisemitisch gelten sollen, in manchen Handreichungen wird bereits das Symbol der Wassermelone oder das Tragen der Kufiya, des Palästinensertuches, als antisemitisch eingeordnet.

EINERSEITS überbieten sich politische Akteure mit Bekenntnisforderungen und steht der Begriff der „Staatsräson“ hoch im Kurs – auch wenn er schwer zugänglich bleibt, nicht nur für jüngere und/oder migrantisch geprägte Bevölkerungsgruppen.

ANDERERSEITS sind politische Bildung, Pädagogik und Prävention mehr denn je gefordert, trotz aller Rufe nach Eindeutigkeit und Positionierung weiterhin Ambiguitätskompetenz und Multiperspektivität zu vermitteln.

Genau wie die gesamtgesellschaftliche Debatte ist auch die Situation an Schulen und Universitäten verfahren und oft alles andere als „eindeutig“. Denkwürdig war der Moment, der als kurzer Videoclip durch die Republik ging: An einem Gymnasium in Berlin-Neukölln ohrfeigte ein Lehrer im Oktober 2023 einen Schüler, nachdem dieser auf dem Schulhof die Palästinaflagge gezeigt und sich offenbar dem Lehrer entgegengestellt hatte. Der Vorfall wurde breit diskutiert und landete vor Gericht. Er steht symptomatisch für Schulen, an denen das Gespräch zwischen Schüler*innen und Lehrkräften, aber vor allem auch unter Schüler*innen oder unter Lehrkräften kaum noch möglich scheint.

Eltern weisen ihre Kinder an, bloß nichts zu Palästina in der Schule zu sagen – aus Angst vor den Konsequenzen, die diese oder sie selbst tragen könnten. Andere warnen ihr Kind davor, sich als jüdisch zu erkennen zu geben, aus Angst vor verbalen oder körperlichen Übergriffen. Problematisch ist diese Tabuisierung auch deswegen, weil ihr eine Dauerthematisierung in den Feeds der Jugendlichen gegenübersteht. Wenn aber öffentliche Diskurse und private Gespräche zu weit auseinanderklaffen, entsteht das Gefühl, mit der eigenen Meinung weit außerhalb zu stehen und nicht mehr dazugehören.

Schulen sollten Räume bieten, in denen Jugendliche geschützt über das sprechen können,

was sie emotional belastet, ohne vorschnell als radikal, rassistisch oder antisemitisch abgestempelt zu werden. Gelingt es uns nicht, ins Gespräch zu gehen über das, was in Israel und Palästina, aber auch hier in Deutschland passiert, laufen wir Gefahr, junge Menschen zu verlieren. Schweigen ist also keine Option. Diese Handreichung will Anregungen dafür bieten, wie das Gespräch über Israel und Palästina wieder aufgenommen werden kann – empathisch, gut informiert und allem Schmerz zum Trotz.



Hintergründe und Herausforderungen

Antisemitismus und Rassismus zusammen gedacht

In der Auseinandersetzung mit dem Nahostkonflikt spielen sowohl antisemitische als auch rassistische Narrative eine Rolle. Auf der einen Seite mischen sich antisemitische Stereotype in israel- oder auch zionismuskritische Positionen. Auf der anderen Seite dienen rassistische Muster dazu, Palästinenser*innen oder Deutsche mit arabischen oder muslimischen Herkunftsschichten pauschal abzuwerten. Dabei spielt der Vorwurf eines vermeintlich „importierten Antisemitismus“ eine besondere Rolle, weil er auch dazu dient, den Antisemitismus in der Dominanzgesellschaft zu relativieren oder auszublenden. Politische Bildung zum Nahostkonflikt sollte für beide Diskriminierungsformen sensibilisieren und Kindern und Jugendlichen einen Raum bieten, um ihre eigenen Erfahrungen und Sichtweisen thematisieren zu können. Pädagogisch hat sich diese Herangehensweise bewährt: Rassismus und Antisemitismus sollten zusammengedacht und nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Viele Jugendliche fühlen sich durch Diskurse wie den vom „importierten Antisemitismus“ stigmatisiert – und sowohl jüdische als auch arabischstämmige Jugendliche machen Erfahrungen mit Diskriminierung, die sich sehr ähnlich sind: Dazu zählen verbale und auch

körperliche Angriffe aufgrund des Tragens von religiösen und nationalen Symbolen wie dem Davidstern oder der Kufiya. Jugendliche empfinden es auch als diskriminierend, aufgrund ihrer Herkunft für Kriegsverbrechen der Hamas verantwortlich gemacht zu werden – genauso wie viele jüdische Menschen es leid sind, sich für die Politik der israelischen Regierung rechtfertigen zu müssen. Gleichzeitig eröffnet die Ähnlichkeit solcher Erfahrungen pädagogische Möglichkeiten, für beide Diskriminierungsformen zu sensibilisieren.

Eine Frage der Definition? Zur Kontroversität des Antisemitismusbegriffs

Wenn nun für Antisemitismus und Rassismus sensibilisiert werden soll, stellt sich die Frage, wie die beiden Diskriminierungsformen definiert werden können. Typischerweise bezeichnen wir eine Aussage dann als rassistisch, wenn sie einer Person aufgrund von Aussehen, Herkunft oder Religion bestimmte Attribute zuschreibt, diese als „anders“ markiert und damit gesellschaftlich ausschließt oder abwertet. Im Kontext von Israel und Palästina sind dies oft Zuschreibungen, die uns auch in antimuslimischen Narrativen begegnen. So werden palästinensische Menschen nicht selten als „von Natur aus“ gewalttätig, fanatisch oder rückständig dargestellt. Antisemitismus ist kurz gesagt das „Gerücht über die Juden“.

Dieses kann sehr unterschiedliche Formen annehmen, die sich in großen Teilen mit denen des Rassismus überschneiden. Eine Besonderheit des Antisemitismus ist, dass er sich als Verschwörungstheorie auch „nach oben“ richtet, das heißt, Jüdinnen und Juden wird unterstellt, die Welt beherrschen und mit der ihnen zugeschriebenen Macht die (Volks-)Gemeinschaft untergraben zu wollen. Eine seiner spezifischen Erscheinungsformen ist der israelbezogene Antisemitismus. Die beiden geläufigsten Definitionen dazu sind diejenige der „International Holocaust Remembrance Alliance“ (kurz „IHRA-Definition“) aus dem Jahr 2016 und die als Alternative dazu formulierte „Jerusalemener Erklärung zum Antisemitismus“ von 2021. Die Definitionen unterscheiden sich vor allem in ihrer Einschätzung von Positionen, die das Selbstverständnis Israels als „jüdischer Staat“ betreffen. So betonen die Autor*innen der Jerusalemener Erklärung beispielsweise, dass die „Kritik oder Ablehnung des Zionismus als eine Form von Nationalismus“ nicht per se als antisemitisch zu beurteilen sei. Zudem wird die Kontextabhängigkeit einer Aussage – wer sagt was und mit welcher Intention? – hervorgehoben. Demgegenüber verspricht der mit der IHRA-Definition einhergehende sogenannte „3D-Test“ Eindeutigkeit: Danach handelt es sich um Antisemitismus, wenn Israel dämonisiert, delegitimiert oder ein Doppelstandard angelegt wird, unabhängig von Intention und Kontext der Person, die die Aussage tätigt.

Einigkeit besteht darin, dass es antisemitisch ist, wenn in Kritik an israelischer Politik antisemitische Stereotype aufgegriffen, reproduziert und verbreitet werden. Oder wenn jüdische Menschen für das Handeln israelischer Regierungen verantwortlich gemacht werden, ebenso wie etwa muslimische Jugendliche nicht für „den Islam“ stehen. Auch wenn in einer antisemitischen Aussage einfach „die Juden“ durch „die Zionisten“ ausgetauscht werden, der antisemitische Gehalt aber ansonsten unberührt bleibt, etwa wenn es um die vermeintliche Allmacht dieser heterogenen Gruppen geht, haben wir es mit Antisemitismus zu tun.

In der pädagogischen Arbeit sind diese Definitionen allerdings meist weder hilfreich noch notwendig, geht es doch eher darum, Jugendliche im Sinne politischer Bildung (und nach dem Kontroversitätsgebot des Beutelsbacher Konsenses) dazu zu befähigen, unterschiedliche Aussagen zu reflektieren und zu hinterfragen und sich ein eigenständiges Urteil zu bilden. In der Oberstufe kann es aber durchaus sinnvoll sein, mit den beiden Definitionen zu arbeiten und dabei Gemeinsamkeiten und Unterschiede herauszuarbeiten.

Zudem sollen politische Bildungsangebote für unterschiedliche Perspektiven und Deutungen sensibilisieren. Auch Aussagen, die nicht rassistisch oder antisemitisch sind, können

einseitig oder/und propagandistisch sein und Anlass zu pädagogischer Intervention geben. Einen guten Kompass bietet das Konzept der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF): Immer dann, wenn Menschen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe abgewertet, ausgeschlossen oder benachteiligt werden – unabhängig von ihrem individuellen Verhalten oder ihren persönlichen Eigenschaften –, handelt es sich um eine Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und um Diskriminierung.

Medienkompetenz vermitteln

Bilder verletzter und getöteter Kinder, Videos von Massakern, Bombardierungen und Zerstörungen – Jugendliche sind über soziale Medien wie TikTok oder Instagram sehr direkt und eindrücklich mit dem Konflikt- und Kriegsgeschehen konfrontiert. Dabei spielen „klassische“ Informationsangebote wie Zeitung und Fernsehen für sie kaum noch eine Rolle. Viele Jugendliche nehmen diese Medien als „proisraelisch“ wahr. Grundsätzlich haben Jugendliche jedoch ein großes Bedürfnis, darüber zu sprechen, was ihnen online begegnet – und das sollte idealerweise auch in der Schule aufgegriffen werden: Welche Gefühle lösen die Nachrichten und Bilder bei mir aus und wie kann ich mit ihnen umgehen? Wie kann ich glaubhafte Meldungen von Falschnachrichten oder Propaganda unter-

scheiden? Wie kann ich mich selbst im Netz solidarisch zeigen und meine Meinung ausdrücken, ohne mich und andere in Gefahr zu bringen? Wie kann ich informiert bleiben, ohne mich einer dauernden Bilderflut auszusetzen? Welche Nachrichten oder Bilder kann ich teilen? Auch Erwachsene sind mit diesen Fragen überfordert.

Holen Sie sich die Hilfe von Expert*innen, zum Beispiel mit einem professionell gestalteten medienpädagogischen Workshop. Ein solches Angebot kann ein erster Schritt dahin sein, eigene Medienerfahrung zu reflektieren und Kompetenzen aufzubauen, Nachrichten über Israel und Palästina besser einordnen und bewältigen zu lernen. Dies gilt auch für die Elternarbeit: Ein Elternabend mit Informationen zur Mediennutzung von Jugendlichen kann Augen öffnen und zum Austausch zwischen Lehrkräften und Eltern anregen. Das ermöglicht Ihnen eventuell Einblicke, die das Verhalten und Denken Ihrer Schüler*innen nachvollziehbarer machen.

Schule und Nahostkonflikt: Eine Rollenklärung

Schulkollegien werden immer diverser. Trotzdem ergibt sich an vielen Schulen nach wie vor das Bild einer eher *weißen* Lehrerschaft gegenüber einer diverseren Schüler*innen-schaft. Nach dem 7. Oktober zeigte sich in vielen Klassenzimmern folgendes Bild: hier

die mehrheitlich herkunftsdeutschen *weißen* Lehrkräfte, die sich eher israelsolidarisch positionierten, dort die oft migrantischen, mehrheitlich „propalästinensischen“ Schüler*innen. Die Solidarität mit Israel („Staatsräson“) erweckte bei vielen Jugendlichen den Eindruck, dass der Staat – hier verkörpert durch die Lehrkraft – den Krieg einseitig bewerte und ungerecht handle. Die Berliner Senatsverwaltung legte Berliner Schulen im Oktober 2023 in einem Brief nahe, nicht nur gewaltverherrlichende Darstellungen und Äußerungen zu untersagen, sondern auch *„Symbole, Gesten und Meinungsäußerungen, die die Grenze zur Strafbarkeit noch nicht erreichen“*. Als Beispiele wurden das Tragen der Kufiya oder Sticker mit Aufschriften wie „Free Palestine“ genannt. Dieses Vorgehen erschwerte Diskussionen im Klassenzimmer und wurde dementsprechend von vielen Pädagog*innen kritisiert.

Wie kann eine Lehrkraft sich in diesem Rahmen bewegen und dabei bestenfalls noch kritische Impulse setzen? Wichtig ist zunächst, die eigene Verortung nicht als selbstverständlich zu setzen und Wahrnehmungen und Überzeugungen zu hinterfragen: Wie bin ich selbst sozialisiert worden, wie blicke ich auf das Geschehen und mit welchen Perspektiven und Betroffenheiten habe ich eher keine Berührungspunkte? Auf dieser Grundlage können zum Beispiel auch Jugendliche ohne deutsche Familiengeschichte

für Positionen sensibilisiert werden, die sich aus der Geschichte des Antisemitismus in Deutschland und der historischen Verantwortung Deutschlands für den Holocaust ergeben. Lehrkräfte müssen gleichzeitig anerkennen, dass diese Verantwortung von vielen Jugendlichen heute anders interpretiert werden kann. Neutralität ist angesichts von antisemitischen, rassistischen oder extremistischen Äußerungen allerdings keine Option: Der Schutz von Schüler*innen, die von rassistischen oder antisemitischen Aussagen betroffen sind, und der Auftrag, für demokratische Werte einzustehen, erfordern konsequentes Handeln.

Gelingensbedingung für solche Auseinandersetzungen ist das Klima in Klasse und Schule. Eine gute Beziehung zwischen Lehrkraft und Klasse ist Voraussetzung dafür, bereits am 8. Oktober über den 7. Oktober sprechen und einen Raum für Gefühle, Gedanken und Betroffenheit öffnen zu können. Ist dies ein freiwilliges Angebot, sind Jugendliche meist dankbar und zeigen sich offen und gesprächsbereit – solange auch ihnen zugehört wird und sie nicht als Problem adressiert werden.

Unsere langjährige Arbeit in Schulen und Jugendzentren hat gezeigt: Nur dort, wo das Eigene angesprochen werden kann, findet in der Regel auch die andere Seite Gehör. Und oft ist es notwendig, erst eigenen Schmerz ausdrücken

zu können, bevor eine Reflexion über die eigene Erfahrung hinaus möglich wird.

Nach dramatischen Weltereignissen ein solches Gespräch mit Schüler*innen zu eröffnen, kann herausfordernd sein. Gerade deshalb funktionieren die einfachen Fragen manchmal am besten: Als Türöffner eignet sich beispielsweise – wie auch im gleichnamigen Comic zum Thema erprobt – ein simples **„Wie geht es dir?“**.

Mit dem Comicprojekt **„Wie geht es dir? Zeichner*innen gegen Antisemitismus, Hass und Rassismus“** haben Künstler*innen eine Initiative gestartet, die nach dem 7. Oktober Raum für Mitgefühl und Dialog schaffen will. In Gesprächen mit 60 Menschen, die von Antisemitismus und Rassismus betroffen sind oder sich mit menschenfeindlichen Ideologien befassen, entstanden gezeichnete Porträts – alle beginnend mit der Frage: „Wie geht es dir?“ Eine Sammlung aller Comics ist im avant verlag unter dem Titel **„Wie geht es dir? 60 gezeichnete Gespräche nach dem 7. Oktober 2023“** erschienen. Das Bildungsprogramm des New Israel Fund Deutschland e. V. hat außerdem gemeinsam mit den Initiator*innen des Projekts pädagogische Materialien entwickelt (s. TaskCard auf S. 81/Lernmaterial und Methoden).



Die Arbeitshilfe

Diese Arbeitshilfe möchte Pädagog*innen darin bestärken, den Nahostkonflikt im Unterricht und im schulischen Alltag aufzugreifen. Wir haben Situationen gesammelt, die im pädagogischen Alltag häufig auftreten – und sich dennoch kaum vorab planen lassen. Dazu gehören zum Beispiel spontane Äußerungen, die als provokant oder verletzend wahrgenommen werden, oder Posts im Klassenchat, die unter Schüler*innen heftige Diskussionen auslösen. Aber auch ein Sticker auf einem Laptop oder eine Fahne auf dem Schulhof können für Irritationen sorgen. Dabei müssen es nicht immer nur die Schüler*innen sein, die für Gesprächsstoff sorgen: Auch im Lehrer*innenzimmer oder bei der Zusammenarbeit mit Externen können Irritationen auftreten.

Zu jeder dieser Situationen finden Sie kurze Hintergrundinformationen und konkrete Anregungen, wie Sie reagieren können. Manchmal reicht schon eine offene Frage, um ein Gespräch in Gang zu bringen. In anderen Situationen ist es hilfreicher, das Thema zu vertagen und später mit mehr Zeit gemeinsam zu vertiefen. In aller Regel geht es aber zunächst um pädagogisches Handeln – und nicht um Ordnungsmaßnahmen, die in den Schulgesetzen für jene Fälle vorgesehen sind, in denen pädagogische Maßnahmen allein nicht mehr fruchten.

Die begleitende TaskCard (S. 81 / Lernmaterial und Methoden. Link zur Taskcard auf „Taskcard“) verweist außerdem auf Hintergrundinformationen und Lehr- und Lernmaterialien, die unterschiedliche Aspekte des Nahostkonflikts beleuchten und konkrete Ideen für die Unterrichtsgestaltung geben. Darüber hinaus finden Sie dort Anregungen für Kooperationen mit außerschulischen Partnern.

Uns ist wichtig, Mut zu machen: Der Nahostkonflikt beschäftigt Jugendliche – gerade deshalb gehört er auch in Schule und Unterricht. Über das aktuelle Geschehen hinaus eröffnet das Sprechen über den Nahostkonflikt viele Anlässe, ins Gespräch zu kommen, Fragen aufzugreifen und mit Jugendlichen gemeinsam über Demokratie, Gerechtigkeit, Diversität und Zusammenleben nachzudenken.

Es ist uns wichtig, darauf hinzuweisen, dass wir diese Handreichung dezidiert als Diskussionsangebot verstehen. In einem derart komplexen und wandelbaren Themenfeld können die hier versammelten Ideen und Anregungen nicht das letzte Wort sein – selbstverständlich darf, ja sollte man die hier vorgebrachten Ideen und Vorschläge auch kritisieren.

Sind unsere Ideen und Hinweise hilfreich für Ihre Arbeit? Über Kritik und Anregungen würden wir uns sehr freuen (Kontakt: info@ufuq.de).



Situationen und Gesprächsanlässe

In vielen Lehrplänen und Schulbüchern ist eine Auseinandersetzung mit Israel und Palästina vorgesehen. Es gibt aber auch Momente, in denen das Thema unvorhergesehen auf den Plan tritt – zum Beispiel wenn die Lage vor Ort wieder einmal eskaliert und Schüler*innen das Thema in den Unterricht oder Schulalltag einbringen. Dabei ergeben sich immer wieder Situationen, in denen Aussagen oder Verhaltensweisen von Schüler*innen als herausfordernd, provokativ oder grenzüberschreitend erlebt werden. Im Folgenden finden Sie Anregungen, die Ihnen den Umgang mit solchen Situationen erleichtern sollen. Dabei gilt es zu differenzieren: Positionen und Verhaltensweisen, die offen diskriminierend sind (gleich ob sie Menschen rassistisch, antisemitisch, sexistisch, klassistisch oder aus anderen Motiven abwerten), erfordern immer eine direkte pädagogische Intervention. Diese kann – je nach Kontext und beteiligten Personen – von einer einfachen Aussage der Lehrkraft („Das sehe ich anders“) über deutliche Konfrontation (auch zum Schutz betroffener Personen) bis hin zu schulrechtlichen Sanktionen reichen.

Gleichzeitig ist es ein Anliegen der pädagogischen Arbeit, gerade solche Jugendliche ins Gespräch zu bringen, die „problematische“ Positionen formulieren. Ziel wäre es, Ambiguitätskompetenzen zu stärken und Räume zu öffnen, in denen Konflikte benannt und dann

auch bearbeitet werden können. Hier wird die Legitimität unterschiedlicher – auch gegensätzlicher – Perspektiven sichtbar, aber auch deren Grenzen, beispielsweise wenn Aussagen abwertend oder gewaltverherrlichend sind.

Voraussetzung für das Gelingen von Gespräch und Diskussion im Klassenraum ist eine Moderation, die Wertschätzung und Anerkennung der beteiligten Personen erkennen lässt. Dazu gehört das Halten der Beziehung auch zu Jugendlichen mit „problematischen“ Positionen. Signalisieren Sie also – wenn die Situation es erlaubt – Ihr ernst gemeintes Interesse an der jeweiligen Position des oder der Jugendlichen. Das gibt diesen Raum und Zeit, ihre Emotionen und Gedanken zu teilen, und ermöglicht die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Wahrnehmungen und Perspektiven. Schließlich stehen hinter provozierenden Aussagen von Jugendlichen in der Regel keine festgefügt Ideologien und rassistische oder antisemitische Weltbilder, sondern biografisch geprägte Emotionen wie Empörung, Ohnmacht und Wut, die nicht zuletzt auf Erfahrungen von Diskriminierung, Marginalisierung oder Nichtanerkennung zurückgehen können.

Folgende Fragen können hilfreich sein:

„Ich sehe das anders, aber es interessiert mich. Was meinst du mit dieser Aussage?“

„Weißt du noch mehr darüber?“

„Was fühlst du, wenn du so etwas siehst oder hörst?“

Statt sofort in eine korrigierende und zu-rechtweisende Haltung zu gehen oder eine „richtige“ Perspektive vermitteln zu wollen, bieten Fragen die Möglichkeit, mehr über die Schüler*innen und ihre Biografien, Lebenswelten und Perspektiven zu erfahren. Die Schüler*innen erleben, mit ihren Meinungen, Erfahrungen und Emotionen ernst genommen zu werden. Sinnvoll ist es häufig auch, die Gruppe ins Gespräch zu bringen, um andere Einschätzungen und Blickwinkel auf das Thema sichtbar zu machen: „Sehen das alle so?“ In vielen Fällen werden sich Schüler*innen mit Widerspruch zu Wort melden.

Ob Sie als Person und Lehrkraft eine Situation oder Aussage als provozierend oder grenzüberschreitend wahrnehmen, ist nicht zuletzt durch Ihre eigene Biografie und Ihre eigenen Erfahrungen geprägt. Ebenso wie Schüler*innen sind auch Lehrer*innen nicht unvoreingenom-

men, sachlich und neutral. Für den Umgang mit herausfordernden Situationen ist es daher erforderlich, auch die eigene Haltung, eigene Erfahrungen und eventuelle Stereotype zu reflektieren und sich bewusst zu machen, warum eine Aussage oder ein Verhalten von Schüler*innen bestimmte Reaktionen bei Ihnen selbst hervorrufen.

Die folgenden Aussagen und Situationen sind exemplarische Anlässe für Diskussionen. Natürlich gibt es zahlreiche weitere Konfliktanlässe, deren Hintergründe und Dynamiken aber oft sehr ähnlich sind. Sie finden hier zunächst Hintergrundinformationen zum jeweiligen Thema. Anschließend schlagen wir Ihnen konkrete Fragestellungen vor, mit denen sich Gespräche und Diskussionen eröffnen lassen und die zum Nachdenken anregen sollen. In allen Situationen geht es darum, ein offenes Gesprächs- und Diskussionsklima auf der Grundlage von gegenseitigem Interesse und Anerkennung zu schaffen, in dem die Auseinandersetzung mit kontroversen Perspektiven erst möglich wird.

„Free Palestine“ und „From the river to the sea“

Auf palästinensolidarischen Demonstrationen sind immer wieder die Slogans „Free Palestine“ und „From the river to the sea - Palestine will be free“ zu hören. Für viele palästinensische Jugendliche sind sie Ausdruck ihres Zugehörigkeitsgefühls und ein Zeichen der Solidarität mit der palästinensischen Bevölkerung. Für viele Jüd*innen und Israelis stellen die Slogans den Staat Israel infrage und werden als existenzielle Bedrohung empfunden. Aber auch israelische Politiker*innen nutzen die Formel „vom Fluss bis zum Meer“ gelegentlich. So erklärte der israelische Ministerpräsident Netanjahu im Januar 2024: „Israel muss in Zukunft das Gebiet zwischen dem Fluss und dem Meer kontrollieren.“

- Wichtig ist: In Deutschland kann die Parole „From the river to the sea“ auch strafrechtlich verfolgt werden, weil sie als Ausdruck der antisemitischen Ideologie der Hamas verstanden wird. Die Rechtsprechung dazu ist allerdings nicht einheitlich.
- Die Parole „Free Palestine“ ist zunächst eine Forderung, die sich auf verschiedene Resolutionen der Vereinten Nationen be-

rufen kann. Was genau allerdings gemeint ist, ist unklar: Zielt sie auf eine Zweistaatenlösung, wie sie zum Beispiel auch von Deutschland gefordert wird? Oder zielt sie auf einen einzigen, binationalen Staat, in welchem Jüd*innen und Palästinenser*innen gleiche Rechte hätten?

- Problematisch wird insbesondere die Parole „From the river to the sea“, wenn sie auf die Zerstörung Israels zielt, mit einer Befürwortung von Gewalt einhergeht oder wenn jüdischen oder palästinensischen Menschen das Existenzrecht (als gleichberechtigte Bürger*innen) in der Region abgesprochen wird. Die Schüler*innen sollten für diese unterschiedlichen Deutungen sensibilisiert werden – und für die Sorgen und Ängste, die damit verbunden sein können.



Fragen, um ins Gespräch zu kommen:

„Was meinst du, wenn du von Palästina sprichst?“

Fragen Sie nach, was mit „Palästina“ genau gemeint ist. Im Gespräch lässt sich darauf hinweisen, dass sowohl „Israel“ als auch „Palästina“ geografische Bezeichnungen sind, die in der Geschichte unterschiedlich verwendet wurden – und auch heute keineswegs eindeutig sind. Beide Begriffe verweisen auf historische, kulturelle und religiöse Bindungen der jüdischen und palästinensisch-arabischen Bevölkerung zu dem Land westlich des Jordans, beziehen sich aber nicht zwangsläufig auf einen „Staat“. Darin ähnelt der Begriff beispielsweise dem Begriff „Kurdistan“, der für viele kurdischstämmige Menschen ein wichtiger – und legitimer – Bezugspunkt ist, auch wenn es gegenwärtig einen Staat Kurdistan nicht gibt.

„Was bedeutet für dich die ‚Befreiung Palästinas‘?“

„Befreiung“ (oder ein „freies Palästina“) kann vieles bedeuten: ein Ende der Besatzung, individuelle Freiheiten und Rechte in zwei Staaten oder in einem gemeinsamen binationalen Staat. Problematisch wird es, wenn diese Befreiung mit Terror erreicht werden soll oder ein „juden-freies“ Palästina (oder auch jüdisches Großisrael) fantasiert wird.

„Wie könnte eine gerechte Lösung in Israel und Palästina aussehen, die die verschiedenen Interessen berücksichtigt?“

Sowohl die palästinensische als auch die israelische Bevölkerung haben legitime Interessen – zum Beispiel Frieden, Sicherheit und Gerechtigkeit. Solche Gemeinsamkeiten könnten zunächst herausgestellt werden. Sie können die Schüler*innen dazu anzuregen, ihre Vorstellung von einer gerechten Lösung für beide Völker zu formulieren und sich darüber auszutauschen.

Meine Notizen:

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

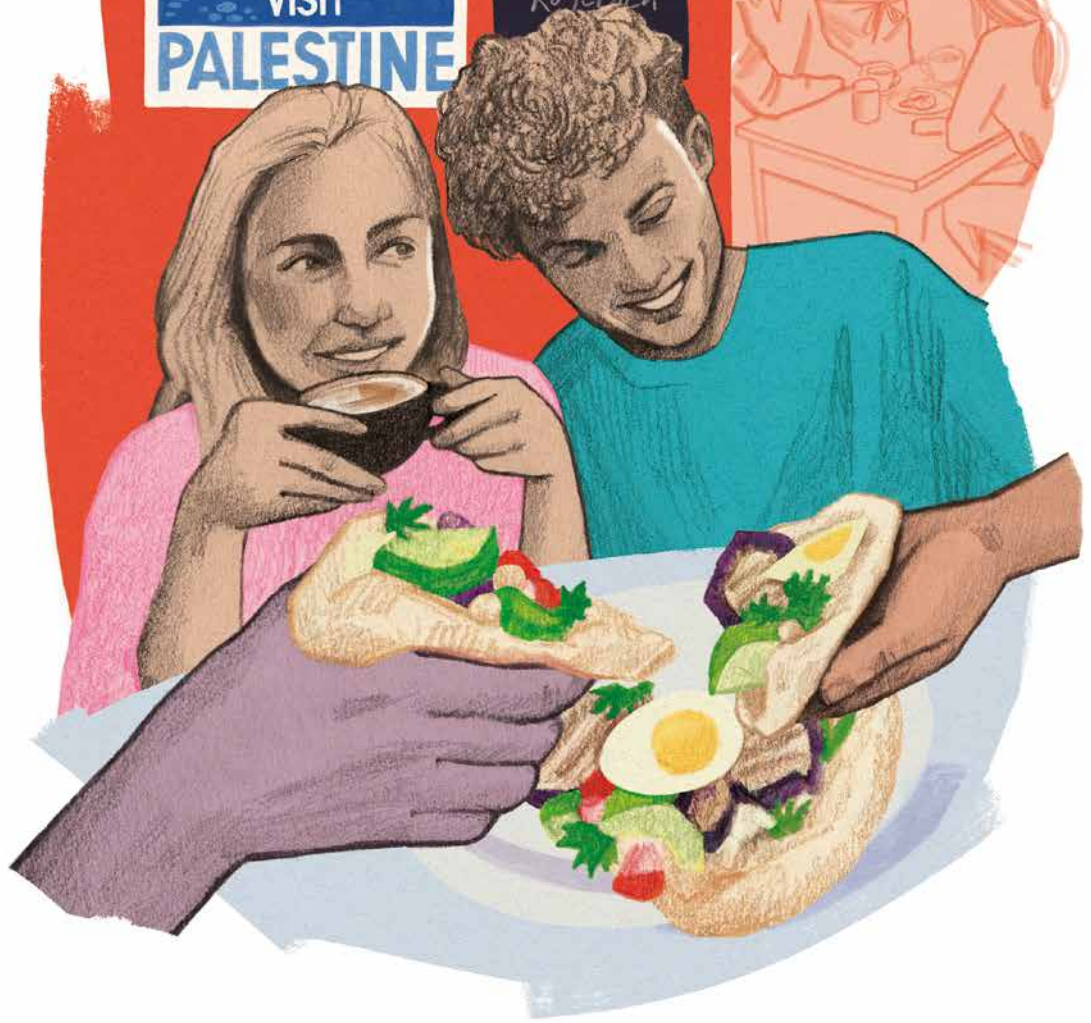
„Palästina hat es nie gegeben“

Im Nahostkonflikt geht es auch um die Legitimität der jeweiligen nationalen Erzählungen. In Diskussionen um den Nahostkonflikt wird Palästinenser*innen oft abgesprochen, überhaupt ein „Volk“ oder eine „Nation“ zu sein, die sich von anderen arabischen Nationen abgrenzen lasse.

- Nationalstaaten sind keine natürlichen Gebilde, sondern historisch und in Abgrenzung zu anderen entstanden. Dies gilt für Israel und die Palästinenser*innen genauso wie für den deutschen oder den französischen Nationalstaat. Die jeweiligen territorialen Grenzen sind Ergebnis unterschiedlicher und teils langer Prozesse und Entwicklungen.
- Schon während der britischen Mandatszeit entwickelte sich in Palästina ein Selbstverständnis der arabischen Bevölkerung als Palästinenser*innen. Von Beginn an stand die palästinensische Nationalbewegung damit auch für eine antikoloniale Bewegung, die sich gegen die britische Vorherrschaft und die Einwanderung von Jüdinnen und Juden richtete.
- Der Staat Israel kann sich völkerrechtlich auf den Teilungsbeschluss der Vereinten Nationen von 1947 und die folgende internationale Anerkennung des Staates berufen. Auch die Existenz eines „palästinensischen Volkes“ und dessen Selbstbestimmungsrecht wurde völkerrechtlich in einer Resolution der UN-Generalversammlung von 1974 anerkannt.



HEUTE
Sabich
Falafel
+ Hummus
Kunafa
Rugelach



Fragen, um ins Gespräch zu kommen:

„Was ist heute damit gemeint, wenn von Palästina die Rede ist? Wofür stand der Name in der Vergangenheit?“

Hilfreich ist der Hinweis auf die unterschiedliche Verwendung des Begriffes „Palästina“ in der Geschichte. Dazu eignet sich beispielsweise eine Recherche im Internet zu dem bekannten Poster „Visit Palestine“, das ursprünglich 1936 von einem österreichischen Juden gestaltet wurde. Im Internet finden sich zahlreiche Variationen des Bildes, in denen mit dem Begriff „Palästina“ unterschiedliche Assoziationen verbunden werden. Heute wird das Motiv auch von Palästinenser*innen verwendet, um auf „ihr“ Palästina hinzuweisen.

„Fallen euch Nationalstaaten ein, die erst in den vergangenen Jahrzehnten entstanden sind?“

Für ein Verständnis des Nahostkonfliktes ist ein Bewusstsein notwendig, dass Nationen und Staaten keine natürlichen Gebilde, sondern historisch entstanden sind. Es gibt zahlreiche aktuelle Beispiele für neu gegründete Nationalstaaten, beispielsweise in den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens. Fragen Sie die Schüler*innen, was sie über die Geschichte dieser Staaten wissen und danach, ob das „Alter“ dieser Staaten etwas über deren Legitimität aussagt.

„Kennt ihr andere Konflikte, in denen einer Seite das Recht auf einen Staat abgesprochen wird?“

Der Konflikt zwischen Israel und Palästina ist nur ein Beispiel für einen Konflikt zwischen zwei Nationalbewegungen, in denen es um Land und Identität, aber auch um gleiche Rechte geht. Das Wissen um ähnliche Konflikte kann hilfreich sein. Denkbar ist beispielsweise der Hinweis auf die kurdische Nationalbewegung, die seit Jahrzehnten einen eigenen Staat fordert, der aber von der Türkei, Syrien, dem Iran und dem Irak bekämpft wird.

Meine Notizen:

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

„Die Araber hassen die Juden“

In Diskussionen um den Nahostkonflikt findet sich oft der Vorwurf, „die Araber“ seien antisemitisch und würden „die Juden“ hassen. Tatsächlich sind antiisraelische und auch antisemitische Einstellungen in der Region verbreitet – und haben mit dem Gaza-Krieg sicher noch einmal zugenommen. Allerdings gibt es natürlich auch unter Palästinenser*innen – wie auch unter jüdischen Menschen und Israelis – sehr unterschiedliche Haltungen und Einstellungen zum Konflikt. Wichtig ist auch ein Hinweis auf das selbstverständliche Zusammenleben von Jüd*innen und Araber*innen (und Palästinenser*innen) in Geschichte und Gegenwart.

- Von Jugendlichen wird oft nicht zwischen jüdischen Menschen und Israelis unterschieden. Bei Menschen, die zum Beispiel in Syrien oder Ägypten aufgewachsen sind, kann dies auch Folge von antisemitischer Propaganda sein, die in beiden Ländern weit verbreitet ist. Häufig steht hinter einer solchen Aussage aber auch Unwissen, dass Jüdinnen und Juden nicht nur in Israel, sondern in vielen Teilen der Welt leben – auch in arabischen Ländern.

- Im Nahostkonflikt dienen Vorwürfe des Antisemitismus und Rassismus auch dazu, die jeweils eigene Position zu rechtfertigen und die des Gegenübers zu delegitimieren. Dabei gibt es seit Beginn des Konfliktes sowohl auf israelischer als auch auf palästinensischer Seite wichtige Stimmen, die eine friedliche Lösung anstreben – was aber „in den eigenen Reihen“ oft abgelehnt wird. Ein Beispiel für diese Ablehnung ist der Widerstand gegen den Friedensprozess von Oslo in den 1990er-Jahren, der sowohl von palästinensischen als auch von israelischen Akteuren teilweise mit Gewalt bekämpft wurde.
- Historisch gibt es viele Beispiele für ein weitgehend konfliktfreies Zusammenleben von Jüd*innen, Muslim*innen und Christ*innen in der Region. Das gilt beispielsweise für die Zeit des Osmanischen Reiches, aber auch für größere jüdische Gemeinden, die bis in die 1950er-Jahre in vielen arabischen Ländern existierten.



Fragen, um ins Gespräch zu kommen:

„Wer ist gemeint, wenn von ‚den Arabern‘ oder ‚den Juden‘ die Rede ist?“

Pauschalisierende Aussagen über „die Araber“ oder „die Juden“ sind immer falsch, genau wie auch eine allgemeine Aussage über „die Deutschen“ falsch wäre. Gerade im Zusammenhang mit Konflikten fallen sie aber häufig. Nutzen Sie die Gelegenheit, um Differenzierungen anzuregen: Ergibt es Sinn, von „den Arabern“ zu reden? Was verbindet Menschen in Marokko mit Menschen im Libanon? Worin unterscheiden sich ihre Erfahrungen und Interessen? Auch wenn man von „den Israelis“ spricht, sollte einem klar sein, wie divers das Land eigentlich ist: Über 25 % der Bevölkerung sind z. B. nicht jüdisch.

„Was wisst ihr über die Geschichte von Jüd*innen und anderen religiösen Minderheiten in arabischen und muslimischen Ländern?“

In arabischen und muslimischen Ländern leben bis heute größere religiöse Minderheiten. Dies gilt beispielsweise für Ägypten oder den Libanon, aber auch für die Türkei. Erst in den vergangenen Jahrzehnten haben viele Angehörige dieser Minderheiten diese Länder verlassen – auch vor dem Hintergrund von Anfeindungen und Gewalt, die von nationalistischen und islamistischen Organisationen oder den Regierun-

gen selbst ausgeübt wurden. So verließen nach 1948 (bis etwa 1970) über 800.000 Jüd*innen aus arabischen und muslimischen Ländern wegen zunehmender Anfeindungen und Repressionen ihre Heimat.

„Recherchiert im Internet nach palästinensischen Stimmen, die sich für eine gewaltfreie Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes einsetzen. Wie beschreiben sie ihr Verhältnis zu Jüd*innen und Israelis?“

Die Forderung nach einem Ende der israelischen Besatzung und des Siedlungsbaus wird von den allermeisten Palästinenser*innen geteilt. Das ist aber nicht gleichbedeutend mit einer Feindschaft gegenüber jüdischen Menschen und Israelis. Über eine Internetrecherche können sich die Schüler*innen beispielsweise mit den Zielen von palästinensischen Organisationen auseinandersetzen, die sich für politische Lösungen des Konflikts einsetzen. Beispiele hierfür wären israelisch-palästinensische Kooperationen oder auch die Partnerorganisationen, mit denen deutsche politische Stiftungen vor Ort zusammenarbeiten. Auch die Beschäftigung mit lokalen Friedensinitiativen oder jüdisch-muslimischen Initiativen in Deutschland eignet sich dazu, dem stereotypen Bild von einer grundsätzlichen Feindschaft von Muslim*innen und jüdischen Menschen bzw. von Palästinenser*innen und Israelis entgegenzuwirken.

Meine Notizen:

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

„Deutschland unterdrückt die Palästinenser“

Demonstrationsverbote, Repressionen gegen Aktivist*innen, Verbote der Kufiya oder der palästinensischen Flagge an Schulen – viele Palästinenser*innen fühlen sich in Deutschland seit dem 7. Oktober unter Generalverdacht gestellt, manche sehen ihre Grundrechte eingeschränkt. In vielen Familien besteht der Eindruck, dass Deutschland im Namen der „Staatsräson“ und im Zeichen des Kampfes gegen Antisemitismus die Stimmen der palästinensischstämmigen Bevölkerung unterdrückt. Das wirkt sich in besonderer Weise auf Jugendliche auch im schulischen Kontext aus.

- Seit dem 7. Oktober 2023 wurde eine Vielzahl an Maßnahmen ergriffen, um extremistische Äußerungen im öffentlichen Raum zu verhindern. So wurden wiederholt Demonstrationen verboten, bei denen antisemitische und volksverhetzende Symbole oder Äußerungen befürchtet wurden. Als solche gelten beispielsweise die Parole „From the river to the sea“ oder das umgedrehte rote Dreieck, mit dem die Hamas Angriffsziele markiert. In einigen Städten gab es pauschale Verbote von pro-palästinensischen Protesten, so zum Bei-

spiel in Hamburg durch eine Allgemeinverfügung für die Dauer von drei Wochen.

- Auch an Schulen wurden Maßnahmen ergriffen, die als weitgehende Einschränkung von Grundrechten empfunden wurden. In Berlin kann zum Beispiel das Tragen der Kufiya verboten werden, wenn die Schulleitung den Schulfrieden bedroht sieht. Damit werden bisweilen zentrale Merkmale palästinensischer Identität als Ausdruck von Antisemitismus gedeutet. Das hat bei vielen Palästinenser*innen in Deutschland Ängste ausgelöst und Zweifel daran, ob und wie man sich in Deutschland als palästinensisch(stämmig) definieren und sich trotzdem der deutschen Gesellschaft zugehörig fühlen kann.



Fragen, um ins Gespräch zu kommen:

„Könnt ihr verstehen, warum auf Protest und Wut gegen Israel in Deutschland besonders sensibel reagiert wird?“

Sprechen Sie mit den Schüler*innen über die Demonstrationen und das Gefühl vieler Palästinenser*innen, nicht gehört zu werden. Sprechen Sie auch über die besondere Situation in Deutschland und die Verantwortung, die Deutschland vor dem Hintergrund des Nationalsozialismus für Israel trägt. Wie wirkt sich diese Verantwortung im Rahmen von Demonstrationen oder auch in der Medienberichterstattung aus? Versuchen Sie, den unterschiedlichen Perspektiven Raum zu geben.

„Wisst ihr, warum einige Demonstrationen verboten wurden? Welche Wege gibt es, sich gegen ein Demonstrationsverbot zu wehren?“

Demonstrationen sind ein wichtiges Mittel der Demokratie. Es ist erlaubt und wichtig zu demonstrieren – zum Beispiel auch wenn man auf die Lage der Palästinenser*innen in Gaza oder im Westjordanland aufmerksam machen oder auf mögliche Kriegsverbrechen der israelischen Regierung und des Militärs hinweisen möchte. Recherchieren Sie mit den Schüler*innen, welche legalen Formen von Protest gegen die israelische Politik es gibt, welche Regeln für

die Anmeldung einer Versammlung gelten und was man tun kann, wenn man den Eindruck hat, dass eine Demonstration zu Unrecht verboten worden ist. Sprechen Sie auch darüber, wie man demonstrieren und seine Solidarität zeigen, aber gleichzeitig menschenverachtenden Aussagen Einhalt gebieten kann.

„Wie sieht es an unserer Schule aus?“

Auch wenn das Thema eventuell konfliktbehaftet ist: Sprechen Sie mit den Schüler*innen darüber, wie sie selbst die Sache sehen und wie sie die Haltung der Schulleitung und der Lehrkräfte wahrnehmen: Gab es Konflikte um Symbole und Zeichen wie die palästinensische Flagge oder die Kufiya oder gibt es so etwas wie einen unausgesprochenen Konsens oder Kompromiss? Was wünschen sich die Schüler*innen?

Meine Notizen:

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

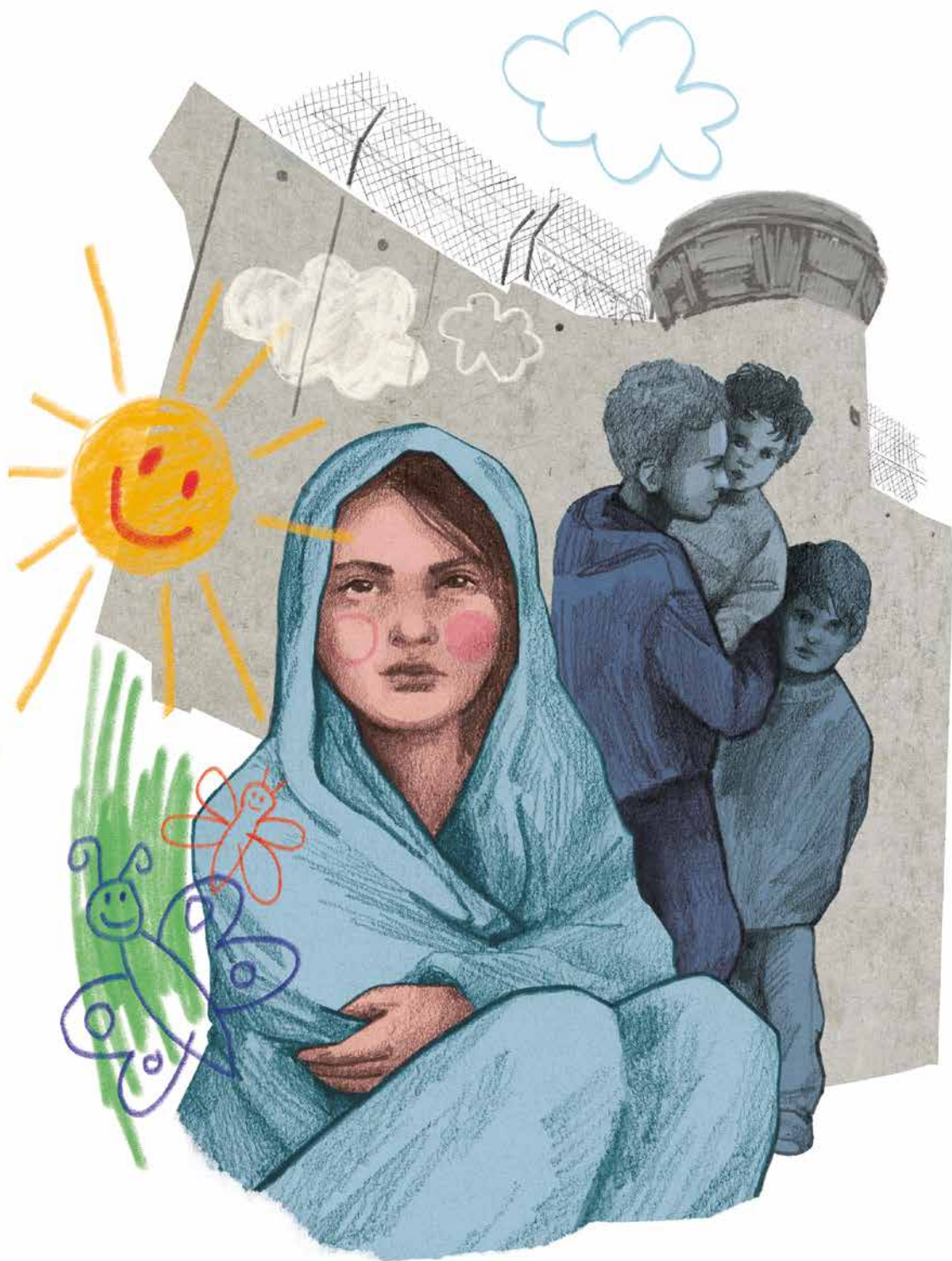
.....

.....

„In Israel und Palästina herrscht Apartheid“

Getrennte Straßen und Verkehrsmittel, ungleicher Zugang zu Wasser für Siedler*innen und Palästinenser*innen, Ausgangssperren und eine Sperranlage, die die Bewegungsfreiheit von Palästinenser*innen massiv einschränkt: Immer wieder wird Israel vorgeworfen, auf seinem Staatsgebiet und/oder in den besetzten Gebieten ein System der Apartheid geschaffen zu haben.

- Der Begriff der Apartheid ist eng mit der Geschichte Südafrikas verknüpft. Dort herrschte bis in die 1990er-Jahre ein rassistisches System, in dem Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe in Gruppen aufgeteilt und Schwarze Menschen systematisch unterdrückt wurden. Die Vereinten Nationen definierten den juristischen Begriff der Apartheid bereits 1973. Diese Definition wurde 1998 in das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs übernommen. Seitdem gilt die Unterdrückung einer „rassischen“ Gruppe im Völkerstrafrecht als ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.
- Menschenrechtsorganisationen wie Human Rights Watch, Amnesty International und B'Tselem erheben seit Jahren den Vorwurf der Apartheid. Ende 2023 reichte Südafrika daher Klage gegen Israel beim Internationalen Gerichtshof ein. Der Vorwurf der Apartheid im Sinne einer strukturellen Ungleichheit von Palästinenser*innen und Israelis in den seit 1967 besetzten und zunehmend besiedelten Gebieten wird von internationalen Völkerrechtler*innen kontrovers diskutiert – ein Urteil durch den IGH ist aber erst in einigen Jahren zu erwarten.
- In Israel selbst sind palästinensische Israelis zwar immer wieder von rassistischer Diskriminierung und struktureller Benachteiligung betroffen. Viele fühlen sich aufgrund des Selbstverständnisses Israels als jüdischer Staat als Staatsbürger „zweiter Klasse“, sie haben aber weitestgehend die gleichen formalen Rechte und Pflichten wie jüdische oder christliche Bürger*innen.



- Israelische Stimmen halten der Kritik entgegen, dass die Maßnahmen in den besetzten Gebieten der Sicherheit der israelischen Bevölkerung dienen (etwa als Schutz vor Terrorangriffen) und nicht etwa aus rassistischer Motivation erfolgen, wie das in Südafrika der Fall gewesen ist. Der Vorwurf der Apartheid ignoriert dieser Argumentation zufolge sowohl die lange Konfliktgeschichte als auch israelische Schutz- und Sicherheitsinteressen. Der Konflikt zwischen der weißen und der Schwarzen Bevölkerung in Südafrika sei daher nicht mit dem Konflikt zwischen Israel und den Palästinenser*innen zu vergleichen.
- Die Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik schreibt zu der Frage: „Die Bundesregierung sollte sich den Apartheid-Vorwurf vor einer sorgfältigen Prüfung durch die zuständigen Organe weder zu eigen machen noch ihn abtun. Sie sollte den AI-Bericht (Amnesty International 2022, Anmerkung der Autor*innen) aber als Weckruf verstehen, gravierende Menschenrechtsverletzungen nicht länger als eine Normalität hinzunehmen und die andauernde Besatzung nicht als einen Zustand zu betrachten, der losgelöst von einem ‚demokratischen Israel‘ existierte.“

Fragen, um ins Gespräch zu kommen:

„Was ist Apartheid?“

Der Vorwurf, in Israel und Palästina herrsche Apartheid, kann als Ausgangspunkt für eine Auseinandersetzung mit der Geschichte Südafrikas, der rechtlichen und humanitären Situation in den besetzten Gebieten sowie mit Rassismus oder dem Völkerstrafrecht dienen: Welche Rechte und Pflichten hat Israel als Besatzungsmacht? Wie bewerten Expert*innen den Vorwurf? Dabei sollten Fragen an die aktuelle Politik Israels nicht in eine generelle Delegitimierung des Staates münden.

„Warum setzt sich Südafrika heute besonders für die Rechte der Palästinenser*innen ein?“

Regen Sie die Schüler*innen dazu an, zu den sehr besonderen Beziehungen zwischen Südafrika, Israel und den Palästinenser*innen zu recherchieren. Das Apartheidsregime kooperierte in den 1970ern mit Israel, der gegen die Apartheid kämpfende Afrikanische Nationalkongress (ANC) unterhielt hingegen gute Beziehungen zur PLO. Nelson Mandela, ein führender Vertreter des ANC, traf nach seiner Freilassung mehrfach Jassir Arafat und sagte 1997 in einer Rede: „Wir wissen nur zu gut, dass unsere Freiheit unvollständig ist ohne die Freiheit der Palästinenser.“

Jüdische Bürgerrechtler in den USA spielten wiederum eine entscheidende Rolle im globalen Kampf gegen die Apartheid in Südafrika und in der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung.

„Gibt es andere Staaten, denen Apartheid vorgeworfen wird?“

Der Begriff Apartheid wird oft verwendet, um Aufmerksamkeit für Menschenrechtsverletzungen zu schaffen. Seltener versuchen Menschenrechtsorganisationen, Regierungen oder Wissenschaftler*innen, tatsächlich nachzuweisen, dass der juristische Straftatbestand der Apartheid erfüllt ist, mit dem Ziel, beispielsweise eine Klage vor dem Internationalen Strafgerichtshof anzustreben. Amnesty International veröffentlichte 2017 einen Bericht, in dem die Situation der Rohingya in Myanmar als Apartheid beschrieben wurde. In der UN-Generalversammlung wurde das Kastensystem des Songbun in Nordkorea wiederholt als Apartheid bezeichnet; zu einer Anklage vor dem IStGH kam es jedoch nicht, da China als Verbündeter Nordkoreas eine solche Anklage verhindert.

„Was Israel mit den Palästinensern macht, ist das Gleiche wie damals die Nazis“

So oder so ähnlich hört man immer wieder, wie israelische Politik und Kriegsführung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus verglichen oder sogar gleichgesetzt werden. Diese Argumentation begegnet einem in Karikaturen in großen Medien ebenso wie auf dem Schulflur.

- Die Gleichsetzung von Israel und NS-Deutschland ist eine weitverbreitete Form des israelbezogenen Antisemitismus. In Umfragen stimmt jede dritte Person in Deutschland dieser Gleichsetzung ganz oder teilweise zu. Sie kann der Schuldabwehr und der Entlastung der Deutschen von der Verantwortung für den Holocaust dienen: Wenn Israel ähnliche Verbrechen beginge, relativierte sich Deutschlands Schuld. Mit der Gleichsetzung geht eine Täter-Opfer-Umkehr einher, die im Antisemitismus eine wichtige Rolle spielt: Jüdinnen und Juden erscheinen als Täter, die andere bedrohen. Zugleich wird die historische Legitimation

Israels aufgrund des Holocaust infrage gestellt, wenn Israel selbst für vergleichbare Verbrechen verantwortlich wäre.

- Israel ist nicht der einzige Staat, dem dieser Vorwurf in politischen Debatten gemacht wird. Verweise auf die Verbrechen des Nationalsozialismus dienen der Skandalisierung und geschehen üblicherweise im Versuch, Aufmerksamkeit für Missstände und Ungerechtigkeiten zu wecken, in diesem Fall für die Folgen von Besatzung, Unterdrückung und Krieg für die palästinensische Bevölkerung. Auch der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu hat die Hamas wiederholt mit den Nationalsozialisten verglichen, deutsche Medienschaffende und Politiker vergleichen Wladimir Putin mit Hitler. Diese Vergleiche stoßen auf Kritik, weil sie – so der Vorwurf – die Verbrechen des Holocaust relativieren.



Fragen, um ins Gespräch zu kommen:

„Was meinst du mit ‚wie damals die Nazis‘?“

Konkretes historisches Wissen darüber, was im Nationalsozialismus und im Holocaust geschah, kann bei Schüler*innen nicht vorausgesetzt werden, zumal diese Zeit in den meisten Schulen erst ab der Mittelstufe behandelt wird. Insofern ist es hilfreich, zunächst nachzufragen, was die Jugendlichen mit der Aussage zum Ausdruck bringen wollen, und anschließend eventuell fehlendes Wissen über den Nationalsozialismus und den Holocaust zu vermitteln.

„Was ist der Unterschied zwischen einem Vergleich und einer Gleichsetzung?“

Vergleiche sind eine übliche Methode in der Alltagskommunikation, ebenso wie in der Wissenschaft. Sie relativieren oder verharmlosen zunächst einmal nicht, sondern dienen dazu, Unterschiede festzustellen. So beschäftigt sich z. B. die vergleichende Genozidforschung mit Parallelen und Unterschieden bei Völkermorden und versucht Schlüsse für die Prävention zu ziehen. Man darf – und muss – also sogar die Shoah „vergleichen“. Gleichsetzungen sind hingegen oft ein rhetorisches Mittel, mit dem in der Regel die größtmögliche Aufmerksamkeit und Autorität für ein (oft politisches) Anliegen erreicht werden soll. Die Beschäftigung mit Vergleichen und Gleichsetzungen kann der

generellen Sensibilisierung der Schüler*innen für die Wirkung von Sprache dienen und Teil pädagogischer Bemühungen um gewaltfreie Kommunikation sein.

„Fallen euch andere Konflikte ein, in denen Gegner mit dem Nationalsozialismus und seinen Verbrechen verglichen werden? Welche Botschaft steht dahinter?“

Im Zusammenhang mit dem Krieg gegen die Ukraine, aber auch in anderen Kontexten (z. B. „Saddam Hussein = Hitler“), werden immer wieder Vergleiche mit dem Nationalsozialismus und dem Holocaust bemüht. An diesen Beispielen lässt sich über die Motive sprechen, die hinter solchen Vergleichen stehen: Oft geht es darum, eine Person oder eine Politik zu diskreditieren oder als besonders grausam darzustellen. Das Wissen darüber, dass solche Vergleiche nicht „unschuldig“ sind, sondern mit einem bestimmten Interesse erfolgen, erleichtert es, die Vergleiche selbst zu hinterfragen: Sind sie historisch korrekt? Worin unterscheiden sich die jeweiligen Ereignisse?

Meine Notizen:

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

„Boykottiert Israel“

Die Forderung nach einem Boykott Israels gibt es seit Langem und in unterschiedlicher Form. Die Diskussionen drehen sich vor allem um die BDS-Bewegung (Boycott, Divestment and Sanctions), die 2005 gegründet wurde und auch den Boykott israelischer Institutionen und Repräsentant*innen fordert. Die Bewegung wird in Deutschland von vielen kritisch gesehen, was etwa in der BDS-Resolution des Bundestages und in ihrer Beobachtung durch den Verfassungsschutz zum Ausdruck kommt. Andererseits hat der Boykott von Firmen, die in illegalen Siedlungen im besetzten Westjordanland tätig sind oder eine direkte Rolle für den Krieg in Gaza spielen, auch in Deutschland an Bedeutung gewonnen. Das UN-Menschenrechtsbüro in Genf listet solche Firmen in einem Bericht auf. Einige Menschen meiden aus diesen Gründen israelische Produkte, sehen sich aber keineswegs als Teil der BDS-Bewegung.

- **Boykotte sind eine Form des gewaltfreien Protests. Beispiele für erfolgreiche Boykottbewegungen sind der US-amerikanische Boykott britischer Waren während des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges, der von Mahatma Gandhi organisierte indische Boykott britischer Waren oder der sogenannte „Früchteboykott“ deut-**

scher Verbraucher in den 1980er-Jahren, der auf die Apartheid in Südafrika aufmerksam machen sollte. Boykotte können Erfahrungen von Selbstwirksamkeit ermöglichen, wenn es ansonsten wenig Handlungsmöglichkeiten gibt.

- **Ob ein Boykott von Einzelpersonen aufgrund ihrer Herkunft oder Nationalität legitimer Teil von Protest sein kann, ist auch unter jenen Personen umstritten, die einen Warenboykott grundsätzlich gutheißen. Antisemitisch wäre es allerdings, zum Boykott jüdischer Personen und Institutionen in Deutschland aufzurufen, weil sie für das Handeln der israelischen Regierung verantwortlich gemacht werden.**



Fragen, um ins Gespräch zu kommen:

„Fallen euch andere Beispiele ein, bei denen zum Boykott eines anderen Landes aufgerufen wurde?“

Der Vorwurf, die BDS-Bewegung sei antisemitisch, wird auch damit begründet, dass es kaum andere Fälle gibt, in denen der Boykott eines Landes auf ähnlich breite Zustimmung stößt. Warum regt sich beispielsweise kein ähnlicher Protest gegen die Türkei, obwohl auch die Türkei in Nordsyrien einen Krieg führt, der von vielen als völkerrechtswidrig bewertet wird? Warum lösen die Verfolgungen der muslimischen Minderheit der Uiguren in China kaum Proteste aus? Nutzen Sie die Gelegenheit, um auf Doppelstandards in der öffentlichen Debatte hinzuweisen, und lassen Sie auch die Geschichte des Begriffs „Boykott“ recherchieren.

„2025 forderten einige Länder, Israel wegen des Krieges vom Eurovision Song Contest 2026 auszuschließen. Was denkt ihr darüber?“

Der Aufruf zum Ausschluss einzelner Personen, z. B. Sportler*innen oder Künstler*innen, aufgrund des Krieges in Gaza oder der Besatzungspolitik ist umstritten. Dabei geht es vor allem um die Frage, ob man Personen, die von einem Land zu internationalen Großveranstaltungen entsandt werden, ausschließen darf, um

so die jeweilige Regierung zu „bestrafen“. Ein klares Argument gegen solche Boykottformen ist, dass man damit vor allem kritische Stimmen aus Israel schwächt und einen Austausch mit der israelischen Zivilgesellschaft erschwert. Sprechen Sie mit Ihren Schüler*innen über das Für und Wider solcher Protestformen.

„Habt ihr eine Idee, warum Aufrufe zum Boykott Israels in Deutschland von vielen so entschieden abgelehnt werden?“

Die Parole „Deutsche, kauft nicht bei Juden!“ steht exemplarisch für die antisemitischen Verfolgungen von jüdischen Menschen ab 1933 in Deutschland, die im Holocaust gipfelten. Das darf es – so lautet eine Schlussfolgerung – vor allem in Deutschland nie wieder geben. Solche Assoziationen müssen die Jugendlichen nicht teilen, aber sie sollten die durch Boykottaufufe ausgelösten Widerstände vor dem Hintergrund der Geschichte nachvollziehen können. Boykottaufufe gegen Israel lassen sich sowohl im öffentlichen Bewusstsein in Deutschland als auch im Bewusstsein von Jüdinnen und Juden weltweit kaum von der Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgungen trennen.

Meine Notizen:

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

„Yallah Intifada“

Intifada bedeutet auf Arabisch „Erhebung“ oder „Aufstand“. Bekannt wurde der Begriff vor allem durch die beiden palästinensischen Aufstände der 1980er- und 2000er-Jahre, der sogenannten „ersten“ und „zweiten Intifada“. Der Slogan „Yallah Intifada“ ist auf Demonstrationen zu hören oder als Graffiti zu lesen, aber auch in den sozialen Medien verbreitet. Die Parole kann zum Kampf für Gerechtigkeit und Freiheit von Besatzung aufrufen, bei jüdischen und israelischen Menschen aber auch ein starkes Bedrohungsgefühl auslösen.

- Während die „erste Intifada“ mit zivilem Ungehorsam begann und erst dann in Gewalt eskalierte, war die „zweite Intifada“, die nach einem Besuch des damaligen Oppositionsführers Ariel Scharon auf dem Tempelberg im Jahr 2000 begann, von Beginn an von Terroranschlägen in Israel und weitreichenden Repressionen und militärischer Gewalt im Westjordanland und Gaza geprägt. Der „ersten“ und der „zweiten Intifada“ fielen Tausende Israelis und Palästinenser*innen zum Opfer, die meisten von ihnen Zivilist*innen.
- Dementsprechend unterschiedlich kann die Bewertung der Parole „Yallah Intifada“ ausfallen: Während palästinasolidarische Aktivist*innen damit eher zivilen Widerstand und einen Grassroots-Aufstand assoziieren, ruft der Slogan bei vielen Jüd*innen und Israelis Erinnerungen an tödliche Anschläge in Bussen, auf Märkten und an anderen öffentlichen Orten wach.



Fragen, um ins Gespräch zu kommen:

„Was versteht ihr unter Intifada?“

Auch hier geht es um unterschiedliche Formen von Protest und Widerstand. Deren Legitimität, wie viel Verständnis die Jugendlichen dafür aufbringen und was sie verurteilen, ließe sich in der Gruppe diskutieren. Neben der grundsätzlichen Frage nach der Legitimation von Gewalt geht es dabei auch um die konkrete Zielsetzung, die mit Protest und Widerstand verfolgt wird.

„Was könnte Menschen dazu bringen, auch zu Gewalt und Terror zu greifen?“

Hier geht es um die Unterscheidung von Verstehen und Verständnis: Die Gruppe kann versuchen zu ergründen, welche Mischung aus erfahrenem Unrecht, Leid und Frustration dazu führen kann, dass Menschen Attentate auf Zivilist*innen verüben. Dies ermöglicht es erst, die Grenze zwischen Verstehen und Verständnis (im Sinne von Legitimierung) deutlich zu ziehen. Dabei ist es wichtig, auf „Kipppunkte“ hinzuweisen, wenn nachvollziehbare Wut zu Hass, Feindbildern und Ideologie wird: So befördern sowohl Antisemitismus als auch das Feindbild von den „radikalen Palästinenser*innen“ Formen von Gewalt, die sich auch gegen Zivilist*innen wenden können.

Meine Notizen:

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

„Die Medien sind alle für Israel“

Viele Menschen haben den Eindruck, dass deutsche Medien nicht ausgewogen über Israel und Palästina berichten, und auch von Medienschaffenden selbst wird zunehmend Kritik an den Standards und Praktiken der eigenen Zunft laut. Auch Jugendliche beschreiben insbesondere die „klassischen“ Medien oft als „proisraelisch“. Viele israelisch-jüdische Menschen empfinden die Stimmung und die Medien in Deutschland dagegen als „propalästinensisch“. Vor diesem Hintergrund suchen gerade junge Menschen nach alternativen Informationsräumen – nicht zuletzt in sozialen Medien. Was steckt hinter dem Vorwurf, die deutschen Medien würden einseitig für Israel – oder für Palästina – Position beziehen, und was bedeutet er für unsere Demokratie?

- Seit dem 7. Oktober 2023 und dem Ausbruch des Krieges in Gaza haben mehrere repräsentative Umfragen ergeben, dass ein zunehmender Anteil von Menschen in Deutschland wenig Vertrauen in die Ausgewogenheit der Berichterstattung zu Israel und Palästina hat (ca. 1/3 der Befragten, s. Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen 2024 & Infratest Dimap für ZAPP, Juli 2024). Tatsächlich kommen Analysen der deutschen Berichterstattung zu Israel und Palästina zu dem Schluss, dass diese häufig Mustern folgt, die zu einer unausgewogenen Berichterstattung beitragen – z. B. durch die unkritische Übernahme von Zitaten der israelischen Regierung oder von Informationen des israelischen Militärs oder die zweifelhafte Verwendung juristischer Fachbegriffe wie „Evakuierung der Zivilbevölkerung“. Auffallend ist auch, dass in deutschsprachigen Medien deutlich seltener als in internationalen Medien von einem (drohenden) Genozid die Rede ist. Auch darin zeigt sich, wie sehr die Berichterstattung in Deutschland durch historisch bedingte Sensibilitäten geprägt ist.



Niemand wird
uns stoppen.

Benjamin Netanyahu
Premierminister

tagesschau

Nobody will stop us - not The Hague, not the
axis of evil and not anybody else.

allisraelnews

- Gleichzeitig ist die Medienlandschaft in Deutschland auch zu Israel und Palästina sehr vielfältig und enthält deutliche Kritik an der israelischen Kriegsführung oder der deutschen Nahostpolitik. Die Medienberichterstattung zu Israel und Palästina steht dabei beispielhaft für eine zentrale Frage, die sich mit Jugendlichen gut besprechen lässt: Welche Aufgabe haben die Medien und welche Rolle spielen sie in der Demokratie? Wenn Menschen sich von klassischen Medien abwenden, dann geht der gemeinsame Informationsraum einer Gesellschaft verloren – die Demokratie verliert eine ihrer wichtigsten Grundlagen.

Fragen, um ins Gespräch zu kommen:

„Wie informiert ihr euch über die Lage in Israel und Palästina?“

Versuchen Sie zu erfahren, wie sich die Schüler*innen informieren: in deutschen Print- und Fernsehmedien, in internationalen Medien oder über soziale Medien wie TikTok oder Instagram? Welche Unterschiede und Gemeinsamkeiten nehmen die Schüler*innen dabei wahr? Welche Gründe könnte es geben, dass unterschiedlich berichtet wird?

„Welchen Eindruck habt ihr von der deutschen Berichterstattung über Israel und Palästina?“

Geben Sie den Schüler*innen Raum, ihre Eindrücke zu schildern: Wie nehmen sie die deutsche Berichterstattung wahr? Welche Gefühle löst das aus? Sprechen Sie auch darüber, was der Nachrichtenkonsum mit den Jugendlichen macht: Wie intensiv verfolgen sie die Lage vor Ort? Wie geht es ihnen generell mit Bildern von Gewalt und Zerstörung? Kennen und nutzen sie Strategien, um sich zu schützen?

„Wie müsste eurer Meinung nach eine Berichterstattung aussehen, die zur Verständigung in Deutschland und im Nahen Osten beitragen kann?“

Sprechen Sie mit den Schüler*innen darüber,

welche Berichterstattung wünschenswert wäre und was sich dafür verändern müsste. Wessen Stimmen und Perspektiven sind vielleicht überrepräsentiert, welche fehlen? Lassen Sie die Jugendlichen selbst einen Bericht erstellen, der ihnen fair erscheint und unterschiedliche Perspektiven darstellt. Diskutieren Sie z. B. auch über die Bedingungen, unter denen Medien arbeiten: Eine Möglichkeit wäre, Medienschaffende in Ihre Klasse einzuladen.

„#Pallywood: Die Palästinenser inszenieren ihre Opfer“

Bilder vom Leid der Menschen im Gazastreifen oder im Westjordanland sind allgegenwärtig und können für palästinensische genauso wie für jüdische und/oder israelische Jugendliche belastend sein. Umso härter trifft der Vorwurf, die Palästinenser*innen würden ihre Opfer gezielt inszenieren, wie es etwa unter dem Hashtag #Pallywood (Palestine + Hollywood) behauptet wird. Mit diesem Slogan wird das Leid der anderen gezielt abgewertet und den Palästinenser*innen ihr Menschsein abgesprochen.

Israel zu dämonisieren. Sie verhindern damit eine echte Debatte über die humanitäre Situation in Gaza und die Verantwortung der israelischen Regierung, z. B. für die Blockade von Hilfsgütern.

- Das Wort „Pallywood“ wurde schon bei früheren Eskalationen verwendet. Nach dem 7. Oktober 2023 nahm seine Nutzung in den sozialen Medien jedoch stark zu. Es gibt mehrere Accounts, die angebliche Falschmeldungen über die humanitäre Lage in Gaza „dekonstruieren“ und den Begriff „Pallywood“ verbreiten.
- Auch israelische Politiker*innen behaupten immer wieder, dass es z. B. keine Hungersnot in Gaza gebe oder dass Leid und Opferzahlen übertrieben würden, um



Fragen, um ins Gespräch zu kommen:

„Warum, denkst du, fällt es Menschen schwer, palästinensisches Leid anzuerkennen?“

Das Leid der jeweils „anderen“ Seite anzuerkennen, fällt in Kriegen oft schwer, weil damit die klare Unterscheidung in Opfer und Täter infrage gestellt würde. Im Gespräch könnte es aber darum gehen, Empathie für alle Opfer eines Krieges empfinden zu können, ohne sich auf die eine oder andere Seite stellen zu müssen. Der Konflikt ist kein Spiel, bei dem man sich für eine Seite entscheiden muss. Man kann gegen die Hamas sein oder die Befreiung der Geiseln fordern und gleichzeitig das Leid der palästinensischen Zivilbevölkerung anerkennen.

„Kennst du den Vorwurf, Menschen würden ‚übertreiben‘ und ‚sich als Opfer inszenieren‘?“

Dieser Vorwurf folgt einem gängigen Muster, um die Erfahrungen von Menschen, die Diskriminierung erfahren, infrage zu stellen und ihnen ihr Leid abzusprechen. Häufig betrifft das z. B. Frauen oder Menschen, die Erfahrung mit Rassismus machen. Besprechen Sie mit den Schüler*innen, wo ihnen diese Reaktion auf Berichte über Erfahrungen mit Diskriminierung bereits begegnet ist und wie man damit umgehen könnte.

Meine Notizen:

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

„Israel verübt in Gaza einen Genozid“

Schon kurz nach Beginn des Gaza-Krieges tauchte auf Demonstrationen, in sozialen Medien und auch in Klassenzimmern der Vorwurf auf, Israel begehe in Gaza einen Genozid. Angesichts der massiven Zerstörung, hoher Zahlen ziviler Opfer und Aussagen israelischer Politiker*innen, die als Eingeständnisse eines beabsichtigten Völkermordes verstanden werden können, haben diese Vorwürfe an Gewicht gewonnen. Andere sagen, der Vorwurf diene dazu, Israel zu dämonisieren und relativiere den Holocaust. Manche bezeichnen den Angriff der Hamas vom 7. Oktober als genozidal, weil in ihm die antisemitische Ideologie und der Wille der Hamas, Israel zu vernichten, zum Ausdruck komme. Doch was bedeutet Genozid im völkerrechtlichen Sinne? Auch an diesem Beispiel zeigt sich, wie unterschiedlich Menschen Begriffe verwenden, mit denen Konflikte beschrieben werden.

- Der Begriff „Genozid“ ist im internationalen Recht definiert. Er geht auf den polnisch-jüdischen Juristen Raphael Lemkin zurück, der ihn im Zusammenhang mit den Massenenen an den Armenier*innen in den 1920er-Jahren prägte, und wurde 1948 in der UN-Völkermordkon-

vention verankert. Demnach handelt es sich beim Genozid um Handlungen, die mit der Absicht begangen werden, „eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören“. Entscheidend ist dabei die nachweisbare Absicht, eine Gruppe gezielt zu vernichten – das unterscheidet den juristischen Begriff von moralischen oder politischen Bewertungen.

- Ende 2023 reichte Südafrika Klage gegen Israel vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) ein und warf Israel unter anderem einen Genozid an den Palästinenser*innen in Gaza vor. Der IGH ordnete daraufhin vorläufige Maßnahmen an, etwa zum Schutz der palästinensischen Zivilbevölkerung, stellte aber nicht fest, dass Israel bereits einen Genozid begehe, sondern lediglich, dass dies möglich sei. Zeitgleich leitete der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) Ermittlungen gegen führende Mitglieder der Hamas sowie gegen israelische Regierungsmitglieder ein – wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Im



November 2024 erließ der IStGH einen internationalen Haftbefehl gegen Ministerpräsident Netanjahu und den ehemaligen Verteidigungsminister Yoav Gallant. Die Frage, ob ein Genozid vorliegt, ist weiterhin juristisch ungeklärt.

- Gegner*innen des Vorwurfs weisen darauf hin, dass Israel nicht die Zivilbevölkerung, sondern die militärische Infrastruktur der Hamas bekämpfe, die sich bewusst in dicht besiedelten Gebieten verschanzt und damit zivile Opfer in Kauf nimmt. In Deutschland vermeiden viele den Begriff, weil sie ihn in enger Verbindung mit dem Holocaust sehen und dessen Relativierung befürchten. Stimmen, die den Vorwurf des Genozids erheben, verweisen dagegen auf die hohe Zahl getöteter Zivilist*innen, die Blockade Gazas und Aussagen ranghoher israelischer Politiker*innen, die als genozidale Absicht interpretiert werden können. In der öffentlichen Debatte wird oft nicht zwischen einer politischen oder moralischen und einer rechtlichen Bewertung unterschieden.

Fragen, um ins Gespräch zu kommen:

„Warum ist der Begriff ‚Genozid‘ emotional so aufgeladen und wie beeinflusst das die Diskussion über die Situation in Gaza?“

Der Begriff „Genozid“ ruft starke Emotionen hervor, weil er – nicht zuletzt in Deutschland und Israel – historisch mit unvorstellbarem Leid verknüpft ist. Wer den Begriff verwendet, erhebt also einen schweren moralischen und juristischen Vorwurf. Dadurch wird die Diskussion schnell polarisiert: Die einen sehen darin eine notwendige Benennung von Unrecht und hoffen auf Strafverfolgung, andere empfinden den Vorwurf als politisch motivierte Relativierung des Holocaust (und deutscher Verantwortung dafür). Im Unterricht kann darüber gesprochen werden, wie Sprache politische Positionen moralisch verstärken, aber auch Debatten blockieren und Lagerdenken fördern kann. Wichtig ist hier die Frage: Wie kann man über schwierige Begriffe sprechen, ohne dass diese dabei für politische Anliegen instrumentalisiert und damit trivialisiert werden, aber auch ohne berechtigte Kritik (hier an der israelischen Kriegsführung) zu delegitimieren?

„Was ist der Unterschied zwischen moralischen Vorwürfen und juristischen Begriffen wie ‚Genozid‘, ‚Kriegsverbrechen‘ oder ‚Verbrechen gegen die Menschlichkeit‘?“

Regen Sie die Schüler*innen dazu an, in einer Recherche den völkerrechtlichen Begriff „Genozid“ zu klären. Hier können Schüler*innen die Rolle internationaler Gerichte, die UN-Völkermordkonvention und den Unterschied zwischen (moralisch begründeter) Anklage und (juristisch begründetem) Urteil recherchieren. Ziel wäre, nachvollziehbar zu machen, wie komplex der Nachweis des Straftatbestandes ist, welche Beweise erforderlich sind und warum juristische Untersuchungen lange dauern. Dabei ließe sich auch auf andere historische Beispiele eingehen: Wären die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki oder die Zerstörung von Dresden im Zweiten Weltkrieg aus der Perspektive des heutigen Völkerrechts Beispiele für Kriegsverbrechen? Im Gespräch über solche historischen Beispiele wird deutlich, wie sehr die Einordnung auch durch den politischen Standpunkt geprägt sein kann.

„Was ist eigentlich ein Volk?“

Lemkin selbst vertrat ursprünglich einen weit gefassten Begriff des Genozids, der etwa auch Kolonialverbrechen umfasste. Vor diesem Hintergrund ließe sich beispielsweise mit Schüler*innen besprechen, was eine „nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche“ eigentlich ist, worauf sie sich gründet und was zu ihrer Zerstörung führen kann.

„Kindermörder Israel“

Bei vielen Lehrkräften werden die Alarmglocken schrillen, wenn sie diesen Slogan hören. Sie erkennen in der Parole eine Dämonisierung Israels, die an uralte antisemitische Narrative anknüpft. Tatsächlich erinnert die Aussage an die „Ritualmordlegende“, eines der Jahrhunderte alten „Gerüchte über die Juden“, demzufolge christliche Kinder von jüdischen Menschen zu bestimmten Anlässen rituell gemordet würden. Fragen wir Jugendliche dazu, so sind sie sich dieser Assoziation in aller Regel nicht bewusst, sondern sehen die Parole als zugespitzten Ausdruck von Ohnmacht und Betroffenheit.

- Das Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) geht davon aus, dass im Gaza-Krieg (seit dem 7. Oktober 2023) mindestens 20.000 palästinensische und 33 israelische Kinder getötet wurden (Stand Dezember 2025). Diese Zahlen liegen deutlich höher als in anderen Krisen- und Kriegsgebieten. Sie sind allgegenwärtig und beschäftigen Jugendliche in besonderer Weise – von stiller Trauer über Empörung bis zu Wut.
- Tatsächlich ist der Vorwurf des Ritualmordes an Kindern ein Bestandteil des

religiös, zunächst christlich begründeten Antisemitismus, der auch im Kontext des Nahostkonflikts in mehr oder weniger deutlicher Form immer wieder zum Ausdruck kommt – so etwa in staatlicher Propaganda (Iran, Syrien), die sich als antizionistisch versteht. Es gilt zu unterscheiden, ob es sich bei der Parole „Kindermörder Israel“ primär um einen Ausdruck von Trauer und Empörung oder um Propaganda handelt, die Israel sagt, aber jüdische Menschen meint. Diese Grenze zu ziehen und erkennbar zu machen, ist – wenn überhaupt – erst im Rahmen von Gesprächen möglich. Eine pädagogische Intervention ist in beiden Fällen erforderlich.



Fragen, um ins Gespräch zu kommen:

„Warum kommen in diesem Krieg so viele Kinder ums Leben?“

Eine schwere Frage, die sich aber kaum umgehen lässt. Im Gespräch kann man sich ihr annähern und Jugendliche zum Nachdenken anregen. Auf der einen Seite steht die Kriegsführung Israels, die von vielen als unverhältnismäßig kritisiert wurde. Auf der anderen Seite hat die Hamas mit ihrem terroristischen Angriff am 7. Oktober 2023, der Nichtfreilassung der Geiseln und Raketenangriffen aus dicht besiedelten Gebieten ebenfalls eine Verantwortung für die fortgesetzte Gewalt. Zivilist*innen, ob in Israel, Palästina oder hier in Deutschland, tragen selbstverständlich keine Schuld.

„Gibt es Organisationen, die sich gezielt für den Schutz von Kindern in Kriegsgebieten einsetzen?“

Lassen Sie die Jugendlichen dazu recherchieren und referieren. Die Vereinten Nationen und zahlreiche Menschenrechtsorganisationen haben die Kriegsführung der israelischen Regierung in Gaza immer wieder kritisiert und werfen ihr Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und das Besatzungsrecht vor. Dazu zählen Amnesty International, Ärzte ohne Grenzen, aber auch israelische Menschenrechtsorganisationen wie B'Tselem. Aber auch viele weitere Organi-

sationen wie Save the Children oder UNICEF setzen sich besonders für Kinder in Kriegs- und Krisengebieten ein.

„Wie kann über das Leid gesprochen werden, ohne antisemitische Bilder zu verstärken?“

Es ist notwendig, an das Leid der Zivilbevölkerung in Gaza zu erinnern sowie gegen etwaige Kriegsverbrechen der israelischen Regierung oder das Vorgehen des Militärs zu protestieren. Das gilt selbstverständlich auch für den Terror der Hamas und deren Gewalttaten gegen die palästinensische Bevölkerung in Gaza. Darin können Jugendliche bestärkt werden. Gleichzeitig kann dafür sensibilisiert werden, dass es wichtig ist, israelische oder jüdische Menschen nicht abzuwerten, sei es in Form von Kriegspropaganda oder antisemitischer Stereotype.

Meine Notizen:

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

„Die Hamas leistet legitimen Widerstand“

Hamas ist die arabische Abkürzung für „Islamische Widerstandsbewegung“. Die Hamas selbst beschreibt die Terroranschläge vom 7. Oktober als Teil dieses „Widerstandes“, auch wenn dies beispielsweise von Völkerrechtler*innen zurückgewiesen wird. In Deutschland wird eine solche Relativierung des Angriffs auf Zivilist*innen von den allermeisten Menschen klar verurteilt. Trotzdem begegnet einem manchmal die Behauptung, auch die Gewalttaten der Hamas seien Teil eines legitimen Kampfes der Palästinenser*innen um Selbstbestimmung. Das wirft die Frage auf, in welcher Form (bewaffneter) Widerstand eigentlich legitim sein kann und ob es Regeln gibt, die auch für solchen Widerstand gelten.

- Die UN-Generalversammlung hat in vielen Resolutionen betont, dass gewaltsamer Widerstand gegen eine feindliche Besatzungsmacht grundsätzlich legitim ist. Allerdings gelten auch hier die Regeln des humanitären Völkerrechts – die gezielte Tötung von Zivilist*innen ist ein Kriegsverbrechen und muss als solches verfolgt werden.

- In Deutschland spielt das Gedenken an den Widerstand gegen das NS-Regime eine bedeutende Rolle. Das Recht zum individuellen Widerstand „gegen jeden, der es unternimmt, die verfassungsmäßige Ordnung zu beseitigen“ ist sogar im Grundgesetz festgelegt (Art. 20, Absatz 4). Die deutsche Verfassung ist in diesem Sinne fast einzigartig, nur in Portugal gibt es einen ähnlichen Passus in der Verfassung.
- Die islamistische Hamas (gegründet 1987 im Zuge der ersten Intifada) versteht sich selbst als entschiedenste Vertreterin eines palästinensischen Nationalismus. Sie wird aber von vielen Staaten als Terrororganisation eingeordnet – weil sie mit Anschlägen Angst unter der Zivilbevölkerung verbreiten und ihre politischen Ziele durchsetzen will. Lange Zeit gehörte dazu auch die Vernichtung Israels. Ob die Hamas dieses Ziel heute noch verfolgt oder ob sie sich auf eine Anerkennung Israels einlassen könnte, ist umstritten.



Fragen, um ins Gespräch zu kommen:

„Was verstehen wir unter Widerstand?“

Hier können neben Geschichte und Gegenwart des Nahostkonflikts auch Vergleiche mit anderen Konflikten und Kriegen sowie verschiedenen Formen von gewalttätigem und gewaltlosem Protest herangezogen werden: dem Widerstand gegen den NS zum Beispiel, dem gewaltlosen Widerstand, wie er mit dem Namen von Mahatma Ghandi verbunden ist, oder mit terroristischen Aktionen wie etwa im Nordirlandkonflikt oder im algerischen Unabhängigkeitskrieg. Dabei gilt es herauszuarbeiten, dass es Unterschiede zwischen dem Widerstand gegen eine fremde Besatzung und dem Widerstand in einer Diktatur gibt. Daraus kann sich die Frage ergeben, wie legitime und gewaltfreie Formen von Protest und Widerstand im Rahmen des Nahostkonflikts aussehen könnten.

„Welche Bedeutung hat der Begriff des Widerstands in der deutschen Geschichte? Worin unterscheidet sich dies von anderen Ländern?“

Sprechen Sie mit den Schüler*innen über die Geschichte des politischen Widerstands in Deutschland – von der NS-Zeit bis zu aktuellen Diskussionen um zivilen Ungehorsam, wie beispielsweise kürzlich anlässlich der Aktionen der „Letzten Generation“. Überlegen Sie gemein-

sam, welche unterschiedlichen Formen des Widerstands es gibt – individuell oder kollektiv, gewaltlos oder gewaltsam. Welche historischen Beispiele für wirksame Formen des kollektiven gewaltlosen Widerstands kennen wir?

„Wann wäre es aus eurer Sicht legitim, Widerstand zu leisten?“

Diese Frage erweitert das Thema um eigene Erfahrungen und Lebenswelten von Jugendlichen sowie um politische und gesellschaftliche Themen, die ihnen wichtig sind. Dazu können das Zitat „Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht“ und das Grundgesetz einbezogen werden. Damit kann die Bedeutung von Demokratie und Grundrechten hervorgehoben werden, die auch unabhängig von Mehrheiten gelten müssen.

Meine Notizen:

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

„Israel hat das Recht, sich zu verteidigen“

Die Rede vom „gerechten Krieg“ ist das rhetorische Pendant zur Formel vom „legitimen Widerstand“. Man hört sie von der israelischen Regierung oder in Deutschland vor allem von Stimmen, die sich Israel besonders verbunden fühlen. Und tatsächlich begann der jüngste Krieg mit einem Angriff auf Israel: dem Überfall, den Geiselnahmen und den Massakern der Hamas am 7. Oktober 2023, denen über 1.200 Menschen zum Opfer fielen.

- **Mit Blick auf das Völkerrecht gilt: Ein Staat, der angegriffen wird, hat das Recht, sich zu verteidigen (UN-Charta Art. 51) und sich und seine Bürger*innen zu schützen.**
- **Das Recht auf Selbstverteidigung unterliegt laut UN-Charta den Grundsätzen der Erforderlichkeit und der Verhältnismäßigkeit.**



Fragen, um ins Gespräch zu kommen:

„Ist der Krieg Israels in Gaza rechtmäßig oder legitim?“

Spontan dürften viele Jugendliche den Krieg als unverhältnismäßig oder ungerecht bewerten. Ein Krieg zur Verteidigung ist allerdings berechtigt – das könnte mit Blick etwa auf das Recht der Ukraine festgestellt werden, sich gegen den Angriff aus Russland zu verteidigen; oder dem Recht von Polen, der UdSSR oder Frankreichs, sich den Angriffskriegen durch NS-Deutschland entgegenzustellen; oder auch dem Recht, sich gegen kolonialistische Eroberungen zu wehren. Empathie für das Bedürfnis nach Sicherheit in Israel könnte in der Diskussion ein Blick in die Geschichte fördern: Israel entstand auch als Zufluchtsort für Millionen von Jüdinnen und Juden, die in Europa und anderswo um ihr Leben fürchten mussten. Diesen Staat wollen die allermeisten in Israel lebenden Jüd*innen verteidigen.

„Ist in einem legitimen Krieg alles erlaubt? Was sind die Grenzen?“

Gleichzeitig steht das Recht Israels auf Verteidigung in einem weiteren Kontext: nämlich der Besatzung und den immer wieder entstehenden Konflikten und Kriegshandlungen, wenn Israel gegen Palästinenser*innen vorgeht, die sich mit unterschiedlichen Mitteln dagegen zur Wehr

setzen. Auch der 7. Oktober und der folgende Gaza-Krieg sind Teil dieser asymmetrischen Konfliktgeschichte. Im Gespräch im Klassenraum gilt es, sowohl Israels Recht auf Sicherheit und Verteidigung als auch die rechtlichen und ethischen Grenzen von Kriegsführung zu betonen.

Meine Notizen:

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

„Free Palestine from German guilt“

Diese Parole wendet sich gegen die Haltung, der zufolge die Sicherheit Israels aufgrund der historischen Verantwortung Deutschlands für den Holocaust Teil deutscher „Staatsräson“ und damit nicht verhandelbar sei. In der Forderung, Palästina „von deutscher Schuld zu befreien“, steckt demgegenüber die Forderung an die deutsche Politik, Verantwortung auch für die Palästinenser*innen zu übernehmen beziehungsweise deren Forderungen gegenüber Israel anzuerkennen.

- Problematisch wird diese Position, wenn mit der Parole die Forderung nach einem „Schlussstrich unter die Vergangenheit“ verbunden wird.
- Gleichwohl weist diese Aussage auf die Widersprüche deutscher Politik hin: Deutschland will einerseits aufgrund seiner historischen Verantwortung den Staat Israel besonders unterstützen, fühlt sich aber andererseits universellen Werten (Menschenrechte, Völkerrecht) verpflichtet. Konkret zeigen sich diese Widersprüche zum Beispiel in der Haltung der Bundesregierung zum Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs gegen den israelischen Regierungschef Netanjahu.



Fragen, um ins Gespräch zu kommen:

„Was ist mit deutscher Schuld eigentlich gemeint?“

Die Frage eröffnet die Möglichkeit, jungen Menschen Gedanken, Gefühle und Haltungen näherzubringen, die hinter der deutschen Solidarität mit Israel stehen. Es waren noch die Großeltern vieler Lehrkräfte, die an Hass und Hetze sowie am millionenfachen Massenmord beteiligt waren oder ihn hingenommen haben. Für Menschen mit nichtdeutschen Migrationsgeschichten spielen diese familiären Bezüge zu den Verbrechen des Nationalsozialismus keine Rolle – gesellschaftliche Kontinuitäten und Verstrickungen hingegen sehr wohl. Über die Frage, was genau mit „Staatsräson“ gemeint ist, lässt sich daher trefflich diskutieren – genauso wie über den gesellschaftlichen Umgang mit Geschichte und die Verantwortung von Staaten und Menschen für vergangenes Unrecht.

„Haben die früheren Kolonialmächte eine fortdauernde Verantwortung für Ausbeutung, Versklavung und Massenmord in den von ihnen kolonisierten Ländern?“

Vermutlich wird ein großer Teil der Jugendlichen diese Frage bejahen. Aber wie kann eine Politik aussehen, die sich solcher Verantwortung stellt – etwa wenn es um die Verschleppung von Millionen von Afrikaner*innen nach Nord- und

Südamerika oder um Massenmorde und Krieg in deutschen Kolonien geht? Sprechen Sie mit den Schüler*innen über die Versuche, an koloniales Unrecht zu erinnern und „Wiedergutmachungen“ anzustoßen.

„Wie kann Deutschland seiner historisch begründeten Verantwortung gegenüber Israel gerecht werden und sich gleichzeitig für universale Werte und damit auch für die Rechte der Palästinenser*innen einsetzen?“

Dies ist die Krux deutscher Nahostpolitik und eine anspruchsvolle Fragestellung, auf die auch Diplomaten*innen keine Antwort haben. Sich mit ihr zu beschäftigen, kann aber dazu beitragen, Verständnis für die Wirkmacht von Geschichte und für die Widersprüchlichkeit internationaler Politik zu wecken. Diese Komplexität lässt keine einfachen Antworten zu, sondern zwingt dazu, zuzuhören und unterschiedliche Perspektiven nebeneinanderzustellen.

Meine Notizen:

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Die Wassermelone

Schlüsselanhänger in Form einer gehäkelten Wassermelone, Handyhüllen, Haarspangen und sogar Kippas mit Wassermelonenmotiven: Die Wassermelone in den Farben der palästinensischen Flagge (Rot, Grün, Schwarz und Weiß) ist ein Symbol der palästinasolidarischen Bewegung geworden und auch in den sozialen Medien weit verbreitet. Gleichzeitig wird sie immer wieder als antiisraelisches oder sogar antisemitisches Symbol interpretiert. Was steckt dahinter?

- Die Wassermelone ist unter Palästinenser*innen ein Symbol für politischen Protest und den Kampf für einen eigenen Staat. Der genaue Ursprung ist unklar, wird aber auf folgende Geschichte zurückgeführt: 1967 verbot Israel nach dem Sechstagekrieg die Verwendung der palästinensischen Nationalflagge. Als 1980 in Ramallah eine Galerie geschlossen wurde, weil sie Kunst in den Farben der Flagge ausgestellt hatte, erklärte der verantwortliche Offizier, dass diese Farben strikt verboten seien, „selbst wenn ihr eine Wassermelone malt“. Der Erzählung nach wurde diese Aussage von palästinensischen Aktivist*innen aufgegriffen und die Wassermelone zum Symbol für ihren Protest gegen die Besatzung.

- Anfang 2023 wurde das Zeigen der palästinensischen Flagge im öffentlichen Raum in Israel erneut verboten. Die jüdisch-arabische NGO Zazim beklebte daraufhin aus Protest Taxis mit Wassermelonen und dem Schriftzug: „Das ist keine palästinensische Flagge“. Damit wurde die Wassermelone auch in Israel Teil politischer Protestkultur.
- Von einigen Akteuren wird das Symbol der Wassermelone deutlich kritisiert. Sie sagen, es handele sich um ein subtiles Kommunikationszeichen, das den Wunsch ausdrücke, den Staat Israel durch einen palästinensischen Staat zu ersetzen. Das Symbol sei demzufolge antisemitisch.



Fragen, um ins Gespräch zu kommen:

„Recherchiert die Geschichte der Wassermelone. Was unterscheidet sie von verbotenen Symbolen, wie denen der Hamas?“

Grundsätzlich ist das Zeigen von Symbolen und Nationalflaggen gedeckt vom Grundrecht auf freie Meinungsäußerung. Nur wenige politische Symbole sind in Deutschland verboten (z. B. das Hakenkreuz oder die Fahnen der Hizbullah oder der Hamas). Anders als bei eindeutig verfassungswidrigen Zeichen wie dem Logo der Hamas ist die Bedeutung hier also keineswegs eindeutig. Was genau gemeint ist, ist erst im Gespräch herauszubekommen.

„Wann und aus welchem Grund habt ihr in eurem Leben bereits politische Symbole benutzt?“

Denken Sie gemeinsam darüber nach, welche politischen Anliegen den Schüler*innen in ihrem Leben bereits wichtig waren und wie sie dies zum Ausdruck gebracht haben. Buttons, Sticker und Accessoires wollen anderen Menschen etwas mitteilen – aber was genau sollen sie zum Ausdruck bringen und wer wird adressiert? Wünscht sich der Träger, auf das Statement angesprochen zu werden?

„Gibt es politische Symbole, bei denen du dich unwohl fühlst, wenn sie dir begegnen?“

Sprechen Sie mit den Jugendlichen darüber, welche Symbole (z. B. Sticker auf Laptops, Tattoos) bei ihnen Unwohlsein hervorrufen. Sind dies z. B. nur Symbole extremistischer Parteien oder Bewegungen oder gibt es auch andere, die gemischte Gefühle auslösen? Oft werden Symbole sehr unterschiedlich gedeutet, was zum Beispiel dazu führen kann, dass ein Symbol von einer Person als übergreifend interpretiert wird, ohne dass dies vom Gegenüber so gemeint ist. Wie könnte man damit umgehen?

Materialhinweis

TaskCard: „Über Israel und Palästina sprechen. Der Nahostkonflikt in der Bildungs- und Jugendarbeit“

Die Folgen des Terrorangriffes der Hamas am 7. Oktober 2023 und die eskalierende Gewalt und Zerstörung in Gaza, im Westjordanland und in anderen Teilen des Nahen Ostens führen weiterhin zu Spannungen und Konflikten in der Bildungs- und Jugendarbeit.

Mit unserer TaskCard, einer kostenlos zugänglichen Online-Pinwand, möchten wir Fachkräften Anregungen und Lernmaterialien zum Umgang mit der aktuellen Situation in Israel und Palästina bieten.

Die TaskCard wird von ufuq.de fortlaufend aktualisiert. Wir freuen uns über Ergänzungen, Anregungen und Kommentare unter info@ufuq.de.

Zur TaskCard: t1p.de/israel-palaestina-schule



Impressum

Herausgeber

ufuq.de

Pädagogik, politische Bildung und
Prävention in der Migrationsgesellschaft
Dudenstraße 6 | 10965 Berlin
info@ufuq.de | www.ufuq.de

Diese Publikation erscheint als Beitrag von ufuq.de
im Rahmen von KN:IX connect | Verbund Islamismus-
prävention und Demokratieförderung.

Redaktion

ufuq.de

Korrektorat

Dr. Malte Heidemann, www.berlinlektorat.com

Gestaltung

Petra Wehling, www.platzfuenf.de

Illustrationen

Christina Mühlhöfer Illustration & Design,
www.dotsandpolka.de

Copyright 2025, CC-Lizenz: BY-NC-ND 3.0
Redaktioneller Stand Dezember 2025

ufuq.de Pädagogik, politische Bildung
und Prävention in der
Migrationsgesellschaft

 **KN:IX**
connect Verbund
Islamismusprävention
und Demokratieförderung

Gefördert vom



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Für inhaltliche Aussagen und Meinungsäußerungen
tragen die Publizierenden dieser Veröffentlichung die
Verantwortung.



ufuq.de

Pädagogik, politische Bildung
und Prävention in der
Migrationsgesellschaft



KN:IX
connect

Verbund
Islamismusprävention
und Demokratieförderung